Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 259 — **Donnerstag, den 5. November 1931** — **6. Jahrgang**

Klagges-Skandal.

Unerhörte Nazi-Exzesse im Braunschweigischen Landtag.

Ein Nazi-Abgeordneter hetzt zu Mord und Gewalt. — Minister Klagges beschimpft den verstorbenen Führer des Harzklubs, von Frankenberg.

Braunschweig, 4. November. (Eig. Drahtb.). Im braunschweigischen Landtag kam es am Dienstag und Mittwoch wieder zu unerhörten Tumultszenen, die auf den Nazi-Minister Klagges und seine Parteifreunde zurückzuführen waren. Der nationalsozialistische Abgeordnete Bertram sagte u. a. „In unserem Staate werden einmal mehr Köpfe rollen als in der gegenwärtigen Republik, aber nur auf legalem Wege. Es gibt auch Leute in den Reihen der Sozialdemokratie, deren Köpfe rollen werden. Es gibt aber auch Leute, denen wir ein Monument zwischen Himmel und Erde errichten werden, weil für die das Schießpulver zu schade ist. Die Sozialdemokratie hat sich durch ihre Große Anfrage zum Beschützer von Verbrechern gemacht. Die Sicherheit in Braunschweig am Hitlertage war gefährdet, weil kommunistische Hetzer aus Braunschweig ein Verbrechernest a la Chicago gemacht haben."

Der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann fragte Klagges, ob er die Polizeibehörden mündlich angewiesen habe, das Verbot der Umzüge einseitig gegen links auszusprechen. Klagges schwieg darauf. Als er von dem Abgeordneten von Frankenberg noch einmal gefragt wurde, antwortete er: „Ich antworte nur, wenn ist es für richtig halte." Durch sein Schweigen gab Klagges zu, daß die Verbote, die einseitig gegen die republikanischen Organisationen ausgesprochen werden, auf ihn zurückzuführen sind. In seiner Erwiderung wurde Klagges persönlich und behauptete u. a., daß in seiner elterlichen Familie mehr gearbeitet worden sei, als in der des sozialdemokratischen Abgeordneten von Frankenberg. Frankenberg wurde über diese Beschimpfung seines Vaters, der volksparteilicher Stadtrat von Braunschweig war, derart erregt, daß er sich auf Klagges zu stürzen versuchte. Er wurde von Parteifreunden an einem Angriff gehindert. Mehrere Abgeordnete der Sozialdemokratie wurden von der Sitzung ausgeschlossen. Der Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigung, Schrader, mißbilligte die Rede von Klagges und sagte, Klagges habe nicht als Minister, sondern als Parteimann gesprochen. Er wünsche, daß alle Demonstrationen in der gegenwärtigen Zeit verboten werden. Später suchte sich Klagges zu entschuldigen, indem er eine Erklärung abgab, in der es heißt, daß er den verstorbenen Vater des Abgeordneten von Frankenberg nicht habe beleidigen wollen.

Die bürgerlichen Abgeordneten schwiegen während der 1½tägigen Beratungen. Sie gaben lediglich eine Erklärung ab, in der sie betonen, daß sie mit einer verschiedenartigen Handhabung der Verbote nicht einverstanden seien. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen Klagges werden sie aber wahrscheinlich ablehnen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ließ gegen Klagges wegen seiner beleidigenden Aeußerungen folgende Erklärung abgeben:

„Der Minister Klagges hat es für richtig gehalten, aus parteipolitischen Gründen Familienverhältnisse eines unserer Abgeordneten in die Debatte zu ziehen. Wir legen gegen dieses ungewöhnliche Verhalten des Ministers schärfste Verwahrung ein, zumal Herr Klagges weder die Persönlichkeit noch den Fleiß und die Tätigkeit des verstorbenen Vaters des Abgeordneten von Frankenberg werten kann. Die Verdienste des verstorbenen Stadtrats von Frankenberg um seine Heimat, besonders um die Stadt Braunschweig und das Harzgebiet sind im Braunschweigischen Land so bekannt, daß auch herabsetzende Bemerkungen des Ministers Klagges sie nicht schmälern können."

Die gestrige Sitzung des braunschweigischen Landtages hat wohl auch dem politisch Ahnungslosen gezeigt, wohin der Weg der Nazis geht. Die Sozialdemokratie wird die Klagges-Partei weiter entlarven.

*

Noch ein Hereinfall Klagges.

Sein Einspruch gegen die Aufhebung des „Volksfreund"-Verbots vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Leipzig, 5. November. (Eig. Funkm.). Die vom Reichsinnenminister angeordnete Verkürzung des Verbots des Braunschweiger sozialdemokratischen „Volksfreund" auf zehn Tage ist vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts als gerechtfertigt erklärt worden.

Mit diesem Beschluß ist der Einspruch des braunschweigischen Nazi-Innenministers Klagges gegen die von Groener verfügte Begrenzung des Verbots zurückgewiesen.

Kein Wintermärchen.

Harzburger Wut auf die Arbeitslosenversicherung

Deutschland scheint in diesem Winter alles andere als ein — Wintermärchen zu werden. Manchen Leuten geht es ja auch nicht stürmisch genug zu. Anders läßt sich der Ruf nach Beseitigung der Arbeitslosenversicherung nicht erklären. Nach dem Landgemeindetag hat nun auch der Vorstand des Reichsstädtebundes sich in seiner letzten Sitzung dafür ausgesprochen, daß eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung erfolge.

Die Scharfmacherpresse nimmt davon mit Befriedigung Kenntnis. Wir haben erst kürzlich die sensationelle Stimmungsmache der Halberstädter „Intelligenz" gekennzeichnet. Das Ziel der Schwerindustrie ist, wie ihre Führer offen zugeben, die Beseitigung des Rechtsanspruchs auf Hilfe nicht nur in der Arbeitslosenversicherung, sondern in der Sozialversicherung überhaupt.

Leute, die jetzt, ausgerechnet jetzt, mit dem Irrsinn einer Aufhebung der Arbeitslosenversicherung kommen, sind nur schwer zu belehren. Trotzdem wagen wir einen solchen Versuch. Wir machen sie auf Folgendes aufmerksam: Mit einer Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbslosenfürsorge kann praktisch nicht viel gespart werden, weil ja die große Masse der Arbeitslosen von der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge betreut wird. Zu einem übertriebenen Pessimismus besteht keine Veranlassung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt deutlich, daß von 6 Millionen Arbeitslosen, die für den Winter prophezeit wurden, kaum die Rede sein kann. Die Finanzgrundlage der Arbeitslosenversicherung ist zurzeit durchaus gesund, wenn wir auch nicht übersehen wollen, daß diese Gesundheit mit neuen Opfern der Arbeitslosen erkauft worden ist. Die Versicherung ist zurzeit dabei, einen Notstock für die schwierigen Monate Januar und Februar anzusammeln. Sie braucht diesen Notstock, weil sie dann ohne fremde Hilfe auskommen soll. Aller Voraussicht nach wird sie auch auskommen; denn die Unterstützungsdauer in der Versicherung ist gekürzt worden und der Beitrag beträgt nach wie vor 6½ Proz., obwohl die Zahl der von der Versicherung betreuten Arbeitslosen stark gesunken ist. Irgendwelche sachlichen Gründe zur Aufhebung der Arbeitslosenversicherung bestehen also nicht, und der Reichsarbeitsminister denkt nach unserer Kenntnis auch nicht an eine solche Aufhebung. Wozu also fortwährend diese törichte Forderung, die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen? Was will man damit? Will man die Arbeitslosen noch mehr alarmieren und aufputschen? Will man das Pulverfaß künstlich zur Explosion bringen? Will man Deutschland — nur aus Verbohrtheit — in den Abgrund stürzen?

Das Allertollste, was sich die Herrschaften, die die Arbeitslosenversicherung beseitigen wollen, leisten, ist ihr Hinweis auf das Ausland. Sie bringen es fertig, zu erklären, daß die Forderungen auf Aufhebung der Arbeitslosenversicherung schon darum erhoben werden müsse, weil **„vermutlich unsere ausländischen Gläubiger für die Verlängerung des Stillhalteabkommens eine ähnliche Forderung geltend machen würden."**

Diese Vermuterei ist eine ganz erbärmliche Schurkerei. Mit Recht erklärt der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, diesen Hinweis auf das Ausland als „Gipfel nationaler Würdelosigkeit." Bewußt lenke man hier die Aufmerksamkeit des Auslandes auf einen sozialen Fortschritt, der im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit — ein durch jahrelange Beitragszahlung sauer erworbener Anspruch der Arbeitnehmer — sei. Man lege den Vertretern des Auslandes die Forderung nach seinem Abbau in den Mund, um eine billige Ersparnis auf Kosten des Notleidensten im Volke, des Arbeitslosen zu machen. „Das erinnert" — so erklärt das christliche Gewerkschaftsorgan — „stark an jenen nationalen Verrat gewisser Arbeitgeberkreise, die wiederholt auch dem Ausland die Forderung nach dem Abbau der überhöhten deutschen Lebenshaltung als Begründung für die Reparationsunfähigkeit des deutschen Volkes in den Mund legten. Für eine derartige Preisgabe nationaler und sozialer Interessen kann kein Wort der Verurteilung stark genug sein."

Das Hauptziel aller Harzburger geht darauf aus, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitslosenfürsorge für Bedürftige umzuwandeln. Diese Abstellung auf das Bedürftigkeitsprinzip wollen die Führer des Unternehmertums wie aus der Stellungnahme des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Abraham Frowein-Elberfeld zur Sozialpolitik hervorgeht, ganz allgemein bei der Sozialversicherung durchgeführt wissen. Die Beiträge zur Sozialversicherung sollen keinen generellen Anspruch mehr begründen dürfen. In der gesamten Sozialversicherung soll das Bedürftigkeitsprinzip eingeführt und davon die Unterstützung abhängig gemacht werden.

Mit anderen Worten: Schluß mit der Sozial-Versicherung und Rückkehr zum Armenhaus. Für den Arbeitslosen oder für den alten und kranken Arbeiter genügt, wenn er nichts mehr zu nagen und zu beißen hat, die Armenunterstützung. Arbeiter, die in der Notlage kein Recht auf eine Unterstützung haben, sondern von der Gnade der Allgemeinheit abhängen, sind für das Unternehmertum sicherlich ungefährlich. Sie werden stets wie ein Bleigewicht an der im Betrieb stehenden Arbeiterschaft hängen und auf deren Lohn drücken — und das ist ja für das Unternehmertum gerade das, was es wünscht. In einer Versicherung haben auch die Versicherten etwas mitzusprechen. Dieses Mitbestimmungsrecht ist aber den Unternehmern schon längst ein Dorn im Auge. Unsere Unternehmer sind natürlich keine Unmenschen. Sie lassen Opfer des Arbeitsmarktes und des Schlachtfeldes nicht krepieren — o

Halle der Wissenschaft.

Die Ausschreitungen der Nazi-Studiker wiederholen sich.

Halle, 5. November. (EF.) Die von den Nationalsozialisten in Verbindung mit der deutschen Studentenschaft an der Hochschule inszenierten Krawalle gegen Professor Dehn wurden am Mittwoch in unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. Am Abend vorher hatte der Rektor

Prof. Aubin

zugesichert, die Polizei, die in Stärke von einem Offizier und sechs Beamten im Hörsaal neben dem Katheder Aufstellung genommen hatte, sofort zurückzuziehen, sofern die Studenten die ruhige Durchführung der Vorlesung gewährleisten würden. Wütende „Nie, Nie-Rufe" waren die Antwort. Da der so gemein bekämpfte Dozent versicherte, gegenüber diesem Terror um keinen Schritt zurückzuweichen und der Rektor der Universität gleichfalls entschlossen ist, die Durchführung der Vorlesung zu gewährleisten, wurde diese auf die Zeit von 20—21 Uhr verlegt. Das Betreten des Universitätsgebäudes war nur den mit Ausweis versehenen Hörern Professor Dehns gestattet. Trotz dieser und anderer Vorsichtsmaßregeln hatte sich eine starke Horde von Krakelern bereits vorher im Hörsaal Dehns festgesetzt. Durch den Oberpedell wurden die Hauptradaumacher entfernt. Die außerhalb des Hörsaals im Gebäude randalierenden Studenten wurden durch den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vor Tätlichkeiten gewarnt und über die Vorgänge bei der Berufung Dehns und über den Fall Dehn selbst belehrt. Einigen randalierenden Studenten wurden die Karten abgenommen. Ein Disziplinarverfahren von der Universitätsbehörde wird die Folge sein.

Auf dem Universitätsplatz hatte sich eine große Menschenmenge, aufgestachelt durch SA.-Stoßtrupps, angesammelt. Sprechchöre ertönten

„Dehn raus!" Deutschland erwache! Juda verrecke!"

Dazwischen wurde immer das Horst-Wessel-Lied gebrüllt. Dann ging die Polizei, die bis dahin dem Treiben zugeschaut hatte, zur Räumung des Platzes über. Die Studenten verkrochen sich in die einzelnen Hörsäle. Auch dort wurden sie

von der Polizei mit dem Gummiknüppel herausgedroschen.

Die umliegenden Straßen, in die sich ebenfalls der Radaupöbel verkrochen hatte, wurden gesäubert. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen mit einzelnen Studentengruppen und SA-Leuten. Erst nach dem Einsetzen aller verfügbaren Polizeibereitschaften und die Räumung der Straßen im weitesten Umkreis der Universität unter rücksichtsloser Anwendung des Gummiknüppels trat Ruhe ein.

Der preußische Kultusminister Grimme

verfolgt die unerhörten Vorgänge in Halle sehr genau. Eine Schließung, wie sie bereits in einem Berliner Blatt angekündigt worden ist, ist jedoch noch nicht in Aussicht genommen. Sollten die Krawalle jedoch weitergehen, wird der Rektor die Schließung der Universität durchführen zum Schaden der arbeitswilligen Mehrheit der Studentenschaft.

Der deutsche Studentenverband

hat in einem offenen Brief an den Rektor der Universität zum Ausdruck gebracht, daß er es ablehnt, mit der politischen Haltung Professor Dehns identifiziert zu werden. Aus diesem Grunde habe er es bisher vermieden, zum Fall Dehn Stellung zu nehmen. Die beschämende Tatsache jedoch, daß in einer der akademischen Jugend unwürdigen Weise alle Vorlesungen im Hauptgebäude der Universität unmöglich gemacht werden, hätten ihn jetzt gezwungen, von dieser Art Austragung weltanschaulicher Gegensätze abzurücken. Der Verband hoffe, daß Rektor und Senat durch scharfe Maßnahmen der arbeitswilligen Mehrheit der Studentenschaft einen ordnungsmäßigen Verlauf des Studiums gewährleisten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0001

nein: sie sind schon bereit, ihnen zu helfen. Aber über das Was und Wie der Almosenspende sollen natürlich nur Unternehmer und Bürokratie entscheiden. Die Gnade kommt von oben her. Der Proleten dagegen hat zu arbeiten und zu schweigen.

Zerschlagt nur noch die Arbeitslosenversicherung, zerschlagt sie nur! Wenn es nicht anders sein soll, wenn wirklich erst alles ruiniert werden muß, bevor das Dritte Reich wie ein „Phönix aus der Asche" emporsteigt — nun schön, zerschlagt auch noch den letzten Halt des Arbeitslosenschutzes! Verwandelt die Arbeitsämter in Bettelsuppenküchen! Aber wundert Euch nicht, wenn Euch eines Tages die Bettelsuppe ins Gesicht fliegt.

Nur zu, Ihr Herren, werft den Funken ins Pulverfaß!

Mißtrauensantrag abgelehnt.

Der preußische Landtag

lehnte am Mittwoch den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Landwirtschaftsminister Steiger mit 228 Stimmen der Regierungsparteien gegen 179 Stimmen ab. Für das Mißtrauensvotum stimmten auch die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Deutsch-Hannoveraner. Der Christlich-Soziale Volksdienst beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Die beiden Volksrechtler stimmten gegen den Mißtrauensantrag. — Nächste Sitzung des Landtags am 24. November.

Brotverteuerung.

Durch Schieles Zollpolitik.

Die Berliner Bäcker haben am Mittwoch nachmittag beschlossen, eine Deputation an den Reichsernährungsminister zu schicken, um ihm die Notwendigkeit einer Erhöhung des Brotpreises auf 52 bzw. 53 Pfennig mitzuteilen. Ferner wollen die Bäcker den Minister fragen, ob er etwas zur Senkung des Mehlpreises unternehmen will, um die nach Ansicht der Bäcker notwendige Brotpreiserhöhung zu vermeiden.

Der Reichsernährungsminister sieht der Steigerung des Roggenpreises völlig untätig zu. Infolgedessen sind die Mehlpreise bereits auf 29 Mark je Doppelzentner gestiegen. Eine Verteuerung des Brotes ausgerechnet in diesen Tagen wäre eine Ungeheuerlichkeit. Die Forderung auf Erleichterung der Getreideeinfuhr muß daher von neuem mit besonderem Nachdruck geltend gemacht werden.

Der Hamburger Mord.

Im Auftrage der Nazi-Parteileitung.

Hamburg, 4. November. (Eig. Drahtb.). Im Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Janssen im Hamburger Mordprozeß Henning gibt der Angeklagte Janssen zögernd zu, daß das ganze Mordunternehmen gegen die Kommunisten in einem Auftrage ausgeführt worden sei. Das unverständliche Schießen ohne zu wissen, wen man eigentlich vor sich habe, erklärte der Angeklagte mit Streitlust, Alkoholgenuß und Wutansammlung. Es sei möglich, daß er von den Nationalsozialisten Stäublein und Schirmer beeinflußt worden sei. Der Angeklagte gibt schließlich auch zu, daß er den Auftrag hatte, eine Waffe mitzunehmen, da es eine „kitzliche" Sache werden würde. Dieser Auftrag wurde ihm von dem Sturmführer Weber erteilt. Janssen erklärt, daß er heute die Tat bereue.

Der Angeklagte Bammel gehört der SA. 14 an. Der Sturmführer Rohm brauchte zwei zuverlässige Leute für eine gefährliche Sache, so sagte er. Bammel bekam dann eine Waffe. Er habe sich außerdem von einem Kameraden 25 Patronen gekauft. Der Kommunist Cahnbley, den man für Andre gehalten habe, sei im Autobus auf ihn losgesprungen. Da habe er seine Pistole gezogen und wahrscheinlich auch geschossen. Darüber, daß er jemanden verletzen könnte, habe er sich keine Gedanken gemacht. Auf Befragen gibt er zu, daß der Nazimann Schirmer gesagt hat, auf ein Zeichensignal sollten alle herankommen.

Der Angeklagte Höckmair, der sich sehr arrogant benimmt, ist wiederholt wegen Diebstahl, Hehlerei und Einbruch vorbestraft. Er will mit dem heutigen „System" nichts zu tun haben. In diesem System sei jedes Verantwortungsbewußtsein verloren gegangen. Deswegen sei er Gegner dieses Systems und habe sich einer Bewegung mit verantwortungsbewußten Persönlichkeiten angeschlossen. Für die Versammlung in Zollenspieker habe er sich zur Verfügung gestellt. Von Launstein habe er sich eine Pistole mit 23 Schuß Munition geliehen. Henning habe er aufgefordert, aus dem Autobus auszusteigen, wobei er bereits die Pistole in der Hand hatte. Es sei dann plötzlich, als er ausgestiegen sei, geschossen worden, ob im Wagen oder außerhalb, könne er nicht sagen. In diesem Augenblick habe auch er durch die Fenster des Autobus geschossen. Er habe nur geschossen, weil Janssen und Bammel auch schossen.

Aus den Aussagen geht hervor, daß die drei nationalsozialistischen Angeklagten den Auftrag hatten, zu der kommunistischen Versammlung in Zollenspieken Waffen mitzunehmen, da eine „gefährliche" aber „kitzliche" Sache zu erledigen war. Der Auftrag kam von einem bekannten Sturmführer der Nazis. Ob er auf höhere Anweisung handelte, muß durch den weiteren Verlauf der Beweisaufnahme festgestellt werden.

Die Bürgerschaft in Hamburg.

Ordnungsgemäße Präsidentenwahl.

Hamburg, 5. November. (Eig. Funkm.). Die am 27. September neu gewählte Hamburger Bürgerschaft trat am Mittwoch abend zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die Befürchtung, daß es vor der Präsidentenwahl zu Zusammenstößen kommen werde, bewahrheitete sich nicht. Der Antrag der Kommunisten, die jetzt geltende Geschäftsordnung durch die von 1919 zu ersetzen, wurde abgelehnt. Zum Präsidenten wurde der Sozialdemokrat Dr. Ruschewey, zum ersten Vizepräsidenten der Nationalsozialist Dr. Holzmann, zum zweiten Vizepräsidenten der Staatsparteiler Lambdahl gewählt.

Das Zugabe-Unwesen.

Beratung im Ausschuß abgeschlossen.

Als erster der zahlreichen Reichstagsausschüsse, die während der Winterpause des Reichstages zusammentreten werden, versammelte sich am Mittwoch der Volkswirtschaftliche Ausschuß, um zunächst die Anträge verschiedener Parteien über das Zugabewesen zu beraten.

Der Reichsjustizminister erklärte, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen bereits im Kabinett verabschiedet worden sei und sofort dem Reichsrat zugeleitet werden würde. Außerdem sei beabsichtigt, dieses Gesetz im Reichsanzeiger auch beschleunigt zu veröffentlichen. Im Hinblick auf diese Sachlage bat der Minister den Ausschuß, von der Beratung der vorliegenden Anträge abzusehen, da der vorbereitete Entwurf die ganze Materie gesetzestechnisch zusammenfasse.

Der Ausschuß beschloß, die Anträge über das Zugabewesen von seiner Tagesordnung abzusetzen. Er beschäftigte sich dann mit einer Anzahl Petitionen.

Gespräche in Paris.

Was Laval dem deutschen Botschafter erklärt hat.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch verläßt in Begleitung von Briand das Außenministerium, um Ministerpräsident Laval aufzusuchen.

Paris, 4. November. (Eig. Drahtb.) Die Meldungen, die in der französischen Presse, vor allem im „Matin" und im „Echo de Paris" über den Besuch des Botschafters von Hoesch bei Laval veröffentlicht wurden, sind nach zuverlässigen Informationen zum großen Teil unzutreffend, da sie von ganz irrigen Voraussetzungen ausgehen.

Die Unterredung, in der der Botschafter zu den Erklärungen Lavals keinerlei Stellung genommen und noch weniger dem Ministerpräsidenten irgendwelche deutschen Vorschläge unterbreitet hat, trug rein informatorischen Charakter. Der Botschafter hat dem Ministerpräsidenten auch hinsichtlich der kurzfristigen Kredite keinen Plan unterbreitet, weil die Reichsregierung diese Frage als ein Frankreich wenig interessierendes Problem ansieht. Die Beteiligung Frankreichs an das Stillhalteabkommen beläuft sich auf nur etwa 200 Millionen Mark. Damit können die Behauptungen der französischen Blätter, daß Frankreich erst über die Regierungsschulden und nur im Notfall über die Privatschulden verhandeln wolle, und daß Deutschland etwa Kredite von der Bank von Frankreich oder eine Anleihe zur Rückzahlung der Kredite wünscht, als erledigt gelten.

Was die Reparationsfrage anbelangt,

so hat der Ministerpräsident dem Botschafter die genaue Bedeutung der auf diese Frage bezüglichen Stelle des Washingtoner Kommuniques auseinandergesetzt und erklärt, Hoover und er seien zu der Ansicht gelangt, daß eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums unter den gegenwärtigen Umständen für Deutschland keine Erleichterung bringen würde. Sie seien deshalb dahin übereingekommen, daß die gegenwärtige Krise nur durch eine

neue Vereinbarung über die Regierungsschulden

überwunden werden könne. Das beste Mittel dazu sei die im Youngplan vorgesehene Einberufung des Sachverständigenausschusses, dessen Bericht über die Zahlungsfähigkeit Deutschland die Basis für die weiteren Beschlüsse, die von einer internationalen Konferenz zu fassen seien, schaffen würde.

Der Botschafter hat auch dazu noch keine Stellung genommen, aber es wird hier angenommen, daß sich die Reichsregierung der Einberufung dieses Ausschusses nicht widersetzen wird. Sie rechne damit, so argumentiert man hier, daß aufgrund der Feststellungen dieses Ausschusses die internationale Gläubigerkonferenz eine

wesentliche Herabsetzung der deutschen Zahlungen beschließen

wird, zumal Laval weitgehendes Verständnis für die schwierige Lage Deutschland gezeigt haben soll.

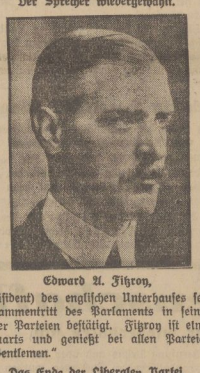
Wenn diese optimistische Auffassung zutrifft, so ist auch die Meldung der französischen Zeitungen hinfällig, daß eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen nur in dem Maße in Frage kommt, in dem der amerikanische Kongreß eventuell eine Ermäßigung der interalliierten Schulden beschließt. d. h. daß Deutschland die ungeschützten Zahlungen in vollem Umfange weiterzahlen soll.

Der französische Botschafter beim Reichskanzler.

Berlin, 5. November. Im Rahmen der üblichen diplomatischen Empfänge nahm der Reichskanzler am Mittwoch den Besuch des französischen Botschafters Francois Poncet entgegen. Bei dieser Gelegenheit dürfte eine Fortsetzung des deutsch-französischen Gedankenaustausches über die zwischen Frankreich und Deutschland zur Aussprache stehenden Fragen erfolgt sein.

England.

Der Sprecher wiedergewählt.



Edward A. Fitzroy,

Sprecher (Präsident) des englischen Unterhauses seit 1928, wurde beim Wiederzusammentritt des Parlaments in seinem Amt unter Zustimmung aller Parteien bestätigt. Fitzroy ist ein direkter Nachkomme der Stuarts und genießt bei allen Parteien den Ehrennamen eines Gentlemen."

Das Ende der Liberalen Partei.

London, 4. November. (Eig. Drahtb.) Lloyd George hat seinen Austritt aus der von Sir Herbert Samuel repräsentierten Liberalen Partei vollzogen und sein Führeramt niedergelegt.

Die Erwerbslosen-Siedlungen.

Nächste Woche erscheinen die Richtlinien.

Die allgemeinen Richtlinien für die Erwerbslosensiedlung sollen am 10. November veröffentlicht werden. Wie verlautet, soll ein Sechsmonatsplan durchgeführt werden, wobei man mit der Schaffung von 20 000 Siedlerstellen und 30 000 Kleingärtnereien rechnet. Für die Durchführung des Programms werden vom Reichsfinanzministeriums monatlich 8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Pogromhelden beklagen sich.

In dem Prozeß gegen die nationalsozialistischen Pogromführer vom Kurfürstendamm begann die Mittwoch-Verhandlung mit einem tragikomischen Intermezzo.

Die Anwälte des Grafen Helldorf beschwerten sich mit melodramatischer Stimme darüber, da ihr Klient im Gang des Untersuchungsgefängnisses von mehreren Kommunisten verprügelt worden sei. Der Graf habe von diesem wenig erfreulichen Erlebnis eine Beule am Hinterkopf zurückbehalten. Einen besonderen Heiterkeitserfolg erzielte Rechtsanwalt Freisler, der feststellte, daß die Reichsparteileitung der NSDAP. die Moabiter Gefängnisverwaltung für diesen Vorfall persönlich verantwortlich und haftbar machen werde. Schließlich sprach noch Herr Helldorf über sein Prügelabenteuer. Das ist derselbe Mann, der die viehischen Brutalitäten seiner SA.-Strauchritter gegen wehrlose Greise und Frauen „nicht erschütternd" fand und der seinerzeit festgestellt hatte, daß die Nazis „mit anderen Maßstäben" messen würden als ihre politischen Gegner.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung gestaltete sich sehr belastend für die Angeklagten die Aussage der „Staf" 4 der SA., des „Heilkundigen" Knüppel, der mitteilt, daß er am Abend des Krawalls gegen 6 Uhr vor dem Gaugeschäftslokal der NSDAP. in der Hedemannstraße SA.-Leute getroffen hätte, die ihm sagten: „Mensch, komm heute abend zum Kurfürstendamm. Da ist was los. Das gibt eine knorke Sache!" Der Zeuge Knüppel stellt fest, daß er von diesen Plänen der SA. dem Angeklagten Ernst, dem Adjutanten des Oberführers Helldorf, Mitteilung gemacht habe. Hieraus ergibt sich, daß die Führer der SA. über die Terrorpläne ihrer Leute zum mindesten bereits Stunden vor Beginn der Ausschreitungen orientiert gewesen sind. Die verlogenen Ausreden der Angeklagten, daß sie völlig ahnungslos gewesen seien, fallen damit in ein Nichts zusammen. Der Kaufmann Aßmann, „Zeugmeister" der SA., den die Verteidigung zur Entlastung herbeizitiert hat, soll bekunden, daß die SA.-Leute keine Windjacken und Wickelgamaschen tragen. Aber dieser Entlastungsschachzug ist ein Schlag ins Wasser. Der Zeuge muß zugeben, daß die Zeugmeisterei auch Windjacken und Wickelgamaschen laufend vertreibt. Die Vernehmung von 18 bereits abgeurteilten SA.-Leuten aus dem Kurfürstendamm-Schnellgerichtsprozeß ergibt nichts Neues. Am Freitag werden noch zwei Zeugen vernommen, dann beginnen die Plädoyers. — Das Urteil wird für Sonnabend erwartet.

Völkerbund gegen Japan.

Scharfe Antwortnote Briands an Japan.

Genf, 4. November. Die in sehr scharfem Ton abgefaßte Antwort Briands auf die japanische Note vom 26. Oktober bringt u. a. zum Ausdruck, daß die wesentlichen Punkte der japanischen Forderungen schon in der Entschließung des Völkerbundsrates vom 30. September Berücksichtigung gefunden hätten, an die Japan gebunden bleibe. Briand ist der Ueberzeugung, daß China vor dem Rat alle Verpflichtungen auf sich genommen habe, die mit den fünf grundsätzlichen japanischen Forderungen übereinstimmten. Er gibt deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß Japan dementsprechend baldmöglichst seiner Verpflichtung nachkommen werde, die Truppen aus der Eisenbahnzone zurückzuziehen. Schließlich weist Briand mit Nüchtcht darauf, daß Japan so großen Wert auf die Sicherheit der japanischen Einwohner legt, darauf hin, daß die Ratsentschließung den Parteien empfahl, sofort Vertreter für die Regelung von Rechtsstreitigkeiten zu bestellen, die mit der Räumung entstehen könnten.

Höpker-Aschoffs Wiederkehr.

Die Krise im Preußischen Finanzministerium wird aller Wahrscheinlichkeit nach dadurch gelöst werden, daß Dr. Höpker-Aschoff vom Ministerpräsidenten Braun wieder zum preußischen Finanzminister ernannt wird.

Paßfälscher-Zentrale in Wien aufgehoben.

Wien, 4. November. (Eig. Drahtb.) Die Wiener Polizei hat eine kommunistische Werkstätte zur Erzeugung falscher Pässe und Dokumente aufgedeckt und einige Personen, darunter den Reichsdeutschen Willi Klose verhaftet.

Abblasen des geplanten Heimwehrputsches.

Wien, 5. November. Das vorzeitige Bekanntwerden der neuen Putschvorbereitungen der Heimwehr, die unter Führung Starhembergs loschlagen wollte, hat jetzt offenbar zum Abblasen des Putschs geführt. Starhemberg hat sich krank gemeldet und alle Versammlungen, die für die nächste Zeit angekündigt waren, abgesagt. —

Weitere Bankzusammenbrüche in Frankreich.

Paris, 5. November. (Eig. Funkm.). Die Bankzusammenbrüche in Frankreich gehen weiter. Am Mittwoch hat die Bank Tardiff & Co. in St. Etienne infolge massenweiser Abhebung von Depositengeldern ihre Schalter schließen müssen. Aus demselben Grunde hat die Bank Charpenay in Grenoble, eine der ältesten Banken der dortigen Gegend, ihre Zahlungen eingestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0002

Schweres Erdbeben in Japan.

London, 4. November. Der Nordosten von Japan ist am Mittwoch von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Bis jetzt ist nur bekannt geworden, daß ein Teil einer Insel in der Nähe von Kamaischi im Meere versunken ist.

Totensonntag Volkstrauertag. Der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtags nahm am Dienstag einen Antrag an, wonach angeordnet werden soll, daß die öffentlichen Gebäude in Preußen am Volkstrauertag, den die Regierung bestimmt, halbmast zu flaggen haben. Von der Regierung wurde der Totensonntag als der geeignetste Tag bezeichnet und eine alsbaldige Regelung durch Gesetz oder Polizeiverordnung in Aussicht gestellt.

Schadenersatzpflicht bei unbegründeten Zeitungsverboten. Die nationalsozialistische Zeitung „Der Freiheitskampf" hat den Staat Sachsen auf Schadenersatz verklagt, weil sie unbegründet verboten worden sei. Der Staat wurde auch zu einer Schadenersatzleistung von 25 000 Mark verurteilt, weil die Behörden bei diesem Verbot ihre ganz besondere Sorgfaltspflicht fahrlässig verletzt hätten. — Auch der „Angriff" hat in einem ähnlichen Fall eine Schadenersatzforderung gegenüber Preußen durchgesetzt.

Ministerialdirektor Spiecker, der bisher im Reichsinnenministerium mit der Beobachtung der rechtsradikalen Bewegung betraut war, ist nach einer Mitteilung des Berliner Tageblatts aus dieser Dienststelle ausgeschieden. Dr. Spiecker, der dem Zentrum angehört, war s. Zt. durch Wirth in das Ministerium berufen worden.

Im oldenburgischen Landtag kam es zu schweren politischen Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Diese erklärten u. a., daß ihr Ziel in Deutschland die Ausrottung nicht nur der roten, sondern auch der schwarzen Pest sei. Die Auseinandersetzungen setzten sich nach Schluß der Sitzung in den Wandelgängen fort. Es kam schließlich sogar zu einer Prügelei, als ein Nazimann auf einen Zentrumsabgeordneten einschlug.

Aus aller Welt

Sklareks „Buchprüfer."

Im Berliner Sklarek-Prozeß wurde am Mittwoch der ehemalige Buchprüfer des Bezirksamtes Berlin-Mitte, der angeklagte Luding, vernommen. Nach der Anklage soll Luding von den Sklareks bestochen worden sein, damit er bei der Buchprüfung „beide Augen zudrückt." Luding hatte im Jahre 1926 Feststellungen über das Vermögen der Firma Willi Sklarek getroffen und die Bücher der KWG. einer Prüfung unterzogen. Obwohl der mitangeklagte Sklarek-Buchhalter Tuch die aufsehenerregende Mitteilung machte, daß die Sklareks schon im Jahre 1926 ihren wirklichen Umsatz aus steuerlichen Gründen nur mit einem Drittel angegeben hätten und obgleich kurz vor der Buchprüfung durch Luding auf Veranlassung Willi Sklareks neue Bücher mit noch geringeren Umsatzziffern angelegt worden sein sollen, behauptet Luding jetzt vor Gericht, seinerzeit nichts Verdächtiges bemerkt zu haben; im übrigen erklärt er, könne er sich an Einzelheiten nicht mehr erinnern. Luding: „Ich konnte unmöglich jede einzelne Buchung nachprüfen. Ich habe das Pech gehabt, reingelegt worden zu sein, aber ich bin auch nur ein Mensch." Angeklagter Tuch: „Die Sache war so plump, daß sie jeder Mensch sofort hätte merken müssen." Der Angeklagte Willi Sklarek erklärt hierzu noch, daß alles überhaupt nur auf Irrtum beruhen müsse.

Auch die Bestechungen wurden von den Angeklagten abgestritten, obschon z. B. Tuch behauptete, daß Luding sich gleich in den ersten Tagen seiner Prüfung bei den Sklareks einen Anzug und einen Mantel habe anfertigen lassen (— später ist Luding bei der Firma Sklarek als „Berater" angestellt worden). Tuch gab ferner an, daß auch zahlreiche andere Beamte und städtische Angestellte bei den Sklareks Anzüge bestellt hätten; in diesen Fällen sei in die Geschäftsbücher der Sklareks eine „70" geschrieben worden zum Zeichen dafür, daß keine Rechnung geschickt werden sollte. Leo Sklarek erklärt hierzu, daß ihm bei diesen Lieferungen eine „Bestechung" ferngelegen habe. Immerhin muß er zugeben, daß für höhere städtische Beamte sogar Maßanzüge bei einer erstklassigen Schneiderfirma bestellt, jedoch weit unter Preis berechnet und nicht einmal immer von den Abnehmern bezahlt wurden.

Der wandernde Berg.

Burg Cochem an der Mosel.

Der Cochemer Berg bei Cochem an der Mosel beginnt wieder zu „wandern". In der Nacht zu Mittwoch lösten sich am oberen Rand mehrere große bis zu 60 Zentnern schwere Felsstücke und stürzten donnernd in die Tiefe. Mit der Loslösung von weiteren Gesteinsmassen ist zu rechnen. Mehrere gefährdete Häuser mußten geräumt und Teile der Provinzial-Taststraße gesperrt werden. Nach Berechnungen der Geologischen Landesanstalt in Berlin ist zu befürchten, daß eines Tages der ganze Berg auf einmal abrutscht. Offenbar haben Querstörungen im Innern des Berges den festen Zusammenhalt der Massen beseitigt; insgesamt sind etwa 500 000 bis 600 000 cbm Felsmasse lose. Begünstigt wurde die Lockerung der Felsmassen durch den häufigen Regen im letzten Sommer.

Ist Treue ein leerer Wahn?

Zum Kampf der Bauarbeiter um ihren Tarifvertrag.

Im Baugewerbe spielt sich zurzeit ein bedeutungsvoller Kampf ab. Kein Kampf, der wie ein Streik oder eine Aussperrung weithin sichtbar nach außen in Erscheinung tritt, sondern ein Ringen in der Stille, aber ein erbittertes Ringen. Der Schauplatz dieses Kampfes ist das Reichsarbeitsministerium und das Kampfobjekt der Tarifvertragsgedanke. Die Bauarbeiter kämpfen in diesem Kampf gegen zwei Fronten: gegen die Unternehmer und gegen das Ministerium, denn diese beiden fechten in gleicher Richtung. Die Unternehmer wollen vom Tarifvertrag los und das Ministerium will den Tarifvertrag der Bauarbeiter lösen. Die Unternehmer glauben, leichtes Spiel zu haben. Sie glauben, die Oeffentlichkeit sei durch den Trugschluß, von einem erneuten Lohnabbau eine Belebung der Bautätigkeit zu erwarten, genügend aufgeputscht. Sie halten die Bauarbeiter für isoliert und mürbe und darum für ein geeignetes Objekt, für eine Kraftprobe im Kampf um den Tarifvertrag.

Das Ministerium will die Bauarbeiterlöhne auf eine neue vertragliche Grundlage stellen, obwohl sie bis zum 2. März tarifvertraglich geregelt sind und der Sinn der zum Zweck eines Bruchs des Tarifvertrags von den Unternehmern mißbrauchten Protokollnotiz war und ist, daß nur im Fall des Fehlens der Allgemeinverbindlichkeit an einzelnen Orten oder Gebieten erneut verhandelt werden kann. In den dieser Tage im Ministerium stattgefundenen neuen Besprechungen haben die Arbeiterverbände noch einmal mit aller Klarheit ihren Standpunkt dargelegt. Sie seien zu allen Zeiten tariftreu gewesen. Sie hätten die Friedenspflicht auch dann gehalten, wenn zeitweilig oder vorübergehend Bewegungsfreiheit vielleicht größere Vorteile gebracht hätte. Der gleichen Pflicht unterlägen nunmehr auch die Unternehmer. Das Reichsarbeitsministerium habe zu beweisen, ob Treu und Glauben noch Geltung haben oder ein Vertrauensbruch schlimmster Art begangen werden soll.

Die Unternehmer wollen den Bruch des Tarifvertrages. Eindeutig erklärten ihre Vertreter, es sei ihr Wille, unter allen Umständen von den Tariflöhnen loszukommen. Der Wahn, durch Lohnabbau die Wirtschaft zu sanieren, hält sie noch immer gefangen, und augenblicklich hoffen sie auf Hilfe vom Wirtschaftsbeirat. Mit der berüchtigten Formel der Kriegszeit „Not kennt kein Gebot" wollen sie, kurzsichtig und verblendet, wieder alles zerschlagen, was zur Sicherung des sozialen Friedens seit zehn Jahren mühsam aufgebaut worden ist. Sie wollen den Rechtsgedanken zertreten und die Ordnung der Arbeitsverhältnisse wieder wie früher nur durch den Machtkampf regeln, weil sie sich jetzt stark und mächtig fühlen. Das Faustrecht ist ihr Ideal.

Selbstverständlich wollen die Bezirks- und Unterbezirksorgane der Unternehmerverbände in der Provinz vor den „Berlinern", d. h. vor den zentralen Leitungen nicht zurückstehen. Im Gegenteil: sie wollen den „Berlinern" zeigen, daß sie viel weniger „schlapp" sind. Daher wird mit dem Austritt aus der Zentralorganisation gedroht, wobei man auch damit rechnet, durch den Austritt Straffreiheit zu gewinnen und von den Bestimmungen der Tarifverträge loszukommen, obgleich man die Rechtsgültigkeit der Verträge mit seiner eigenen Unterschrift anerkannt hat. In Ostpreußen soll nach dem Willen der Unternehmer die Löhne der Facharbeiter um 18—32 Prozent gesenkt werden, für die Hilfsarbeiter noch tiefer. In Pommern verlangt man „nur" einen Abbau von 25 Proz., in Schlesien einen um 26—41 Prozent, in Brandenburg einen Abbau bis zu 25 Prozent. In Sachsen-Anhalt fordern die Unternehmer einen Abbau von 30—50 Prozent. In Baden will man bis Weihnachten gnädigst den Lohn vom 1. Juli 1914 mit einigen Prozent Aufschlag zugestehen und als Neujahrsgeschenk dann eine weitere Lohnabbauforderung den Bauarbeitern überreichen. In der Pfalz fordern die Unternehmer 40 Prozent Lohnabbau. Bayern will sich mit 30 Prozent „begnügen". Das Trommelfeuer gegen die Bauarbeiter ist also in vollem Gang. Der Angriff übertrifft an Rücksichtslosigkeit, alles, was man bisher erlebte.

Die Bauarbeiter kämpfen um die Frage, ob künftig Tarifverträge noch gehalten werden oder nicht. Sie kämpfen um die Erhaltung der Grundrechte der Arbeiter, um die Erhaltung des Kollektivarbeitsvertrags, der einzig und allein den Arbeitern erst die Möglichkeit gibt, sich gegenüber dem Kapitalismus zu behaupten. Nicht nur den Bauarbeitern — allen Arbeitern muß das, was sich jetzt im Baugewerbe abspielt, zu denken geben.

Der Kampf im Baugewerbe ist die Einleitung zu dem Entscheidungskampf in der Tariffrage. Er fordert eine geschlossene gewerkschaftliche Arbeiterfront. Nur eine solche starke Front kann dem Ansturm stand halten und das Arbeitsministerium wieder auf die richtige Bahn bringen.

Das Geheimnis der Brüder.

Erich Saß und sein Bruder Franz (links oben),

die berüchtigten Berliner Verbrecher, die in dem Verdacht standen, den sensationellen Bankeinbruch am Wittenbergplatz in Berlin ausgeführt zu haben, aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen werden mußten, sind jetzt unter dem Verdacht der Falschmünzerei wiederum festgenommen worden. Da jedoch die Brüder die Taktik verfolgen, auf alle Fragen die Antwort zu verweigern, steht die Berliner Kriminalpolizei wieder vor einer fast unlösbaren Aufgabe.

Bei der Durchsuchung der Wohnung der verhafteten Brüder Erich und Franz Saß entdeckten die Kriminalbeamten u. a. einen nachgemachten Anwalts- und Notariatsstempel, sowie ein Klischee zur künstlichen Herstellung eines Fingerabdrucks. Der hierbei verwandte Originalfingerabdruck gehört einem bisher noch Unbekannten. Mit dem durch das Fingerabdruck-Klischee auszuführenden Gummiabdruck würde es den Brüdern Saß möglich sein, an einem Tatort durch einfaches Stempeln fremde Fingerabdrücke zu hinterlassen. Die Brüder Saß behaupten allerdings, daß sie das bei ihnen gefundene Klischeematerial nur für Experimente und Basteleien benutzt hätten. Ueber die Frage der Haftentlassung und der eventuellen Anklage auf Vorbereitung einer strafbaren Handlung ist noch nicht entschieden.

Brand eines Krankenhauses. Ein Großfeuer zerstörte einen Teil des Ontario-Spitals in Ottowa (USA.). Sieben Patienten des Krankenhauses kamen in den Flammen um.

Neuer Moreniбrand. Die große Petroleumfonde bei Moreni (Rumänien), die 2½ Jahre hindurch in Flammen stand und erst vor kurzem wieder in Betrieb genommen werden konnte, entzündete sich von neuem. Die Flammen lodern über 60 Meter hoch. Die Besitzerin der Sonde, die Gesellschaft Romana Americana, teilt mit, daß neue Löschversuche wegen zu hoher Kosten nicht vorgenommen werden sollen. Die Firma will die Sonde ausbrennen lassen.

Loepelmann abgewiesen. Das Reichsgericht in Leipzig hat den Revisionsantrag des nationalsozialistischen Studienrats Loepelmann-Charlottenburg, der wegen Verunglimpfung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski während dessen Ministertätigkeit vom Landgericht 2 in Berlin zu 600 ℳ Geldstrafe verurteilt worden war, abgewiesen.

Wieder Calmette-Prozeß.

Nach dreitägiger Pause wurde am Mittwoch nachmittag die Verhandlung im Lübecker Calmette-Prozeß wieder aufgenommen. In der Aula der „Oberrealschule am Dom" hielt Professor Schürmann vom „Pathologischen Institut" in Berlin einen allgemein gehaltenen Vortrag über Ursachen, Wesen und Krankheitsverlauf der Tuberkulose, insbesondere der Fütterungstuberkulose. Zweck dieses Vortrags war, durch Klärung der pathologischen Grundbegriffe dem Laien das Verständnis für das Gutachten Prof. Schürmanns zu erleichtern. Der Sachverständige Professor Schürmann wird über den Sektionsbefund von 53 an den Folgen der Calmette-Katastrophe verstorbenen Kindern berichten, die er in Lübeck seziert hat. — Die Beweisaufnahme wird am Donnerstag mit der Vernehmung der Hebammen fortgesetzt werden.

Das Totenmahl. Wegen schwerer wirtschaftlicher Sorgen hat sich in dem Siebenbürger Städtchen Lugosch ein 35jähriger Bäckermeister erhängt. Mit fast unglaublicher Kaltblütigkeit und Todesverachtung hat sich der Bäcker auf den Selbstmord vorbereitet. Kurz vor seiner Todesstunde übergab er dem Dorfwirt zwei am Vorabend beim Preiskegeln gewonnene Gänse mit dem Auftrage, einen tadellosen Gulasch zu bereiten und Wein kalt zu stellen, da er seine besten Freunde zu einem gemütlichen und fidelen Nachtessen bestellt habe. Abends fanden sich die Geladenen ein, und der Schmaus wurde aufgetragen. Als der Bäckermeister zur verabredeten Stunde nicht erschien, schickte man nach seiner Wohnung, um ihn rufen zu lassen. Atemlos kam der Bote zurück und überbrachte die Nachricht von dem Selbstmorde. Bei dem Toten fand man einen langen Abschiedsbrief, in dem die Freunde gebeten wurden, sein Ende nicht allzu tragisch zu nehmen, sondern sich das eigens für sie bestellte Totenmahl recht gut schmecken zu lassen . . .

Lebendig begraben. Vor dem Neuseeländischen Obersten Gerichtshof wird sich demnächst ein 25jähriger Mann zu verantworten haben, der beschuldigt wird, seine 17jährige Geliebte entführt und in einem sumpfigen Gelände lebendig begraben zu haben. Die Anklage stützt sich auf das Ergebnis der Obduktion der Leiche.

Letzte Nachrichten

(Glaene Funk- und Drahtberichte)

Piatakow in Berlin.

Berlin, 5. November. Der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion Piatakow, der auch für die Vergebung der Sowjetbestellungen in Deutschland verantwortlich ist, ist in Berlin eingetroffen, um sich über die Fragen des deutschen Rußlandgeschäftes zu unterrichten.

Führer der Wirtschaftspartei beim Reichspräsidenten.

Berlin, 5. November. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch die Abgeordneten Mollath und Hermann von der Wirtschaftspartei. Die Besprechungen bezogen sich auf die politische Lage.

Schiffrüchtige gerettet?

Hamburg, 5. November. Wie zu dem Zusammenstoß des Slomann-Dampfers „Livorno" mit dem Heringslogger „Barel" bekannt wird, ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die noch als vermißt gemeldeten sieben Mann des Loggers von einem holländischen Dampfer gerettet worden sind. Um die fragliche Zeit könnten drei holländische Dampfer die Unglücksstelle passiert haben. Der Dampfer „Livorno" traf am Mittwoch gegen 21 Uhr im Hamburger Hafen ein.

Umzugsverbot auch in Mecklenburg.

Schwerin, 5. November. (EF.) Die mecklenburgische Rechtsregierung hat heute ein Verbot für sämtliche Versammlung unter freiem Himmel und für Umzüge erlassen. Es sollen auch diejenigen Kundgebungen und Umzüge, die bereits für heute angesagt waren, wieder abgesagt werden.

Die spanische Verfassung.

Madrid, 5. November. (Eig. Drahtb.) Die Nationalversammlung hat das Wahlalter für den Präsidenten der Republik auf 40 Jahre festgesetzt. Mitglieder der ehemaligen Königsfamilie, Militärs und Geistliche sind nicht wählbar. Die Wahl des Präsidenten erfolgt auf 6 Jahre. Stellvertreter des Staatspräsidenten ist der Kammerpräsident.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0003

Am Mittwoch früh entschlief plötzlich und unerwartet nach kurzer Krankheit unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gastwirt

Friedrich Lesemann

im eben vollendeten 68. Lebensjahr.

Die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. November 1931, nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.

Wer tauscht

sonnige 3-Zimmerwohnung gegen gleiche (Oberstadt) Miete monatl. 23.— Mk Angeb. u. **V. 683** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Likör-Essenz

zum Selbstbereiten von Likören Melibo-Kognak, Melibo-Rum usw. in großer Auswahl zu haben bei

Carl Baudorff Nachf.
Drogerie Hoheweg 6

Spare im Einkauf

Kaufe im

Fabrik-Lager

Punschgeschmack-Bohnen ½ Pfund nur 40 Pfg.
Nur **Breiteweg 47**

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Gestern früh 10 Uhr starb nach langem, schwerem Kranksein, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Großmutter, Tante und Schwägerin, die Waschfrau

Auguste Albrecht

geb. Marquardt

im Alter von 62 Jahren.

Quedlinburg, den 4. November 1931.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Herm. Albrecht, Brandtgasse 2.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus, statt.

Heute morgen verstarb plötzlich im hiesigen Krankenhause

Herr Kriminal-Assistent

Karl Salger

im Alter von 62 Jahren.

Der Entschlafene stand seit dem Jahre 1900 als Polizeibeamter im Dienst unserer Stadt. Wir betrauern in ihm einen eifrigen und pflichttreuen Beamten, der sich in hohem Maße die Achtung und Liebe seiner Vorgesetzten erworben hat.

Quedlinburg, den 4. November 1931.

Der Magistrat.
Drache.

Deffentliche Mahnung.

An die städtische Steuerkasse, U. d. Zwicken, sind zu entrichten:

Schulgeld für November bis 12. November,
Fachschulgeld für November bis 20. November,
Grundvermögens- und Hauszinssteuer für November bis 16. November,
Kanalgebühren, Straßenreinigungskosten u. Hundesteuer für Oktober/Dezember bis 20. November,
Gewerbeertrag- und Gewerbekapitalsteuer-Vorauszahlungen für Oktober/Dezember bis 20. November,
Getränkesteuer für Oktober bis 10. November,
Evangelische und katholische Kirchensteuer für Oktober/Dezember bis 20. November,
Jüdische Gemeindesteuer für Oktober/Dezember bis 20. November.

Kassenstunden von 8½ bis 12½ Uhr.

Es wird gebeten, auch in den Früh-Kassenstunden Zahlung zu leisten, da erfahrungsgemäß der Andrang in den letzten 2 Stunden einsetzt und deshalb längeres Warten bis zur Abfertigung nicht zu umgehen ist.

Die Ueberweisung auf das Postscheckkonto der Stadthauptkasse Nr. 3626 Magdeburg empfehlen wir denjenigen Zahlungspflichtigen, die kein Bankkonto unterhalten. **Zahlkarten sind in der Steuerkasse zu haben.**

Ueberweisungen durch Banken, Post usw. müssen unter genauer Bezeichnung und Angabe der Hebebuch-Nr. so zeitig veranlaßt werden, daß die Beträge an den Fälligkeitstagen bei der Steuerkasse eingegangen sind.

Nach Ablauf der Zahlungsfristen werden die Rückstände unter Erhebung der festgesetzten Gebühren notfalls zwangsweise eingezogen.

Außerdem werden bei Beträgen über 10 RM. die gesetzlichen Verzugszuschläge bzw. Verzugszinsen erhoben

Halberstadt, den 2. November 1931.

Der Magistrat.

Schlachthof-Freibank Freitag von 9 bis 11 Uhr
Fleischverkauf

Synagogen-Gemeinde.

Freitag, den 6. November 16.15 Uhr. Sonnabend, den 7. November, 8 Uhr. Predigt: 9.30 Uhr. Sabbath-Ausgang 17.28 Uhr. Wochentags Westendorf 15 — 6.30 Uhr, Synagoge — 16 Uhr.

Stadt-Theater

Donnerstag, den 5. November, 20—23½ Uhr:
Geschlossene Vorstellung für die Volksbühne

Freitag, den 6. November, 20—23 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Singspiel von Franz Schubert (0.65—4.20)

Meisterkursus.

Wir beabsichtigen in Halberstadt, bei genügender Beteiligung, einen theoretischen Meisterkursus abhalten zu lassen. Der Unterricht umfaßt Buchführung, Wechsellehre, Kalkulationslehre und Gesetzeskunde bei etwa 30 Unterrichtsabenden. Außer den Herren, welche sich zur Meisterprüfung melden wollen, können auch **Frauen** und **Töchter** von Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden an diesem Kursus teilnehmen. Anmeldungen sind möglichst umgehend beim Kursusleiter, Berufsschuldirektor **Bauer**, Gleimstraße 8 persönlich oder schriftlich zu bewirken.

Magdeburg, den 1. November 1931.

Die Handwerkskammer
Pflugmacher, Präsident. **Dr. Wolf**, Syndikus.

„Nordsee"

Breiteweg 40 Telefon 2509

Grüne Heringe	von 20-60 Pfg.
Seelachs o. K.	
Goldbarsch o. K.	
Kabeljau o. K.	
Schellfisch o. K.	
Filet v. Goldbarsch	

lebende Karpfen, Schleie und Aale

In den nächsten Tagen eintreffend:

Feinste Delikatess-Heringe

ohne Kopf, in feinster Gewürzmarinade Pfund **50** Pf.

Revolutionsfeier 1931!

Die gesamte Arbeiterschaft von Halberstadt wird aufgefordert, teilzunehmen an der feierlichen Kundgebung am

Sonntag, den 8. November, abends 8 Uhr

im „Elysium"

Mitwirkende:

Gesangverein „Sängerbund", die „Arbeiter-Jugend", die „Reichsbanner-Jugend", das Musikkorps des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" und die Turnerinnen des Arbeiter-Turnvereins „Freiheit".

Die **Festrede** hält Gen. **A. Gebhardt**-Magdeburg

Erwerbslose haben freien Zutritt.

Massenbesuch erwartet

Der Verbindungsausschuß der Arbeiter-Organisationen Halberstadt.

Ufa

Heute Donnerstag zum letzten Male:

1. Vier Federn
2. Tango der Liebe

Freitag bis Montag! Nur 4 Tage!

Lachstürme am laufenden Band! Heiterkeit! Frohsinn! Humor!

vermittelt unser fabelhaftes Großlustspiel:

Ruhiges Heim mit Küchenbenutzung!

Motto: Nach des Tages Müh und Not, gibts nur ein Gebot: „Lach Dich tot"

Die großartige Lustspielbesetzung:
Fritz Schulz, Henry Bender, Ida Wüst, Albert Paulig, Lucie Englisch, Curt Vespermann.

Unser zweiter Schlager:

Die Piraten am gelben Fluß

Dieser Sensations- u. Abenteuerfilm größten Stils stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. Im Mittelpunkt des Filmes steht der gewaltige Kampf aufständiger Chinesen gegen einen Frachtdampfer.

Gewaltig! Sensationell!

Im dritten Teil:

Ein junger Held

Abenteuer im Indianergebiet des „Wilden Westens" mit: **Newton House**

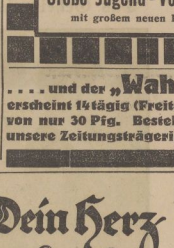
Kulturfilm - - Wochenschau

Sonntag nachmittag 2 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung!
mit großem neuen Programm.

. . . . und der „Wahre Jacob" erscheint 14tägig (Freitags) zum Preise von nur 30 Pfg. Bestellungen sind an unsere Zeitungsträgerinnen zu richten

---

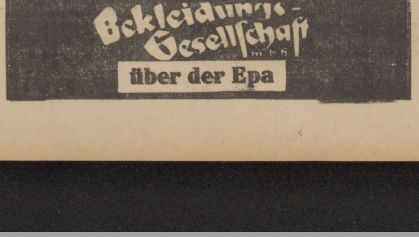
Dein Herz



pumpt die in Dir kreisenden 5 Liter Blut unaufhörlich durch den Körper und ernährt so alle lebenswichtigen Organe. Sorge durch täglichen Genuß von „Köstritzer Schwarzbier" dafür, daß Dein Blut gesund ist und stets erneuert wird, nur so bleibst Du vor Krankheiten und Schwächezuständen bewahrt. Köstritzer Schwarzbier ist mehr als ein wohlschmeckendes Getränk, es ist ein wertvolles Nahrungsmittel und schafft gesundes Blut. Generalvertretung: Biergroßhandlung Emmy Sturm, Harsleberstr. 6, Fernruf 2449.
Ausschank vom Faß im Spezialausschank H. d. Rathause 2.

---

25 RM. | **30 RM.** | **35 RM.**



Flotter Ulster Steppfutter | 2reih. Sakko-Anzug versch. mod. Dessins | Ringsgurt-Mantel neueste Dessins

Bekleidungs-Gesellschaft m b H
über der Epa

Heute Donnerstag zum letzten Male!

Olympia

Hochstapler der Liebe

. . . . . und jetzt ist ganz Halberstadt in Spannung!

Auf unsere „Freitags - Première" wartet jeder!

Lachen, Stimmung, Walzer und Liebeseligkeit, tanzend und singend gleitet die entzückende Wiener Tonfilm-Operette an jedem Besucher vorüber. Jubel und Begeisterung über die wundervolle Musik und das glänzende Spiel wird in unserem Hause herrschen.

Es wirken ferner mit:
Ernst Verebes, Szöke Szakall, Adele Sandrock, Charlotte Susa, Gretl Theimer, José Wedorn.

7 neue Wiener Tonfilm-Schlager!

Dazu:
Ein groß. humoristisches Beiprogramm

Werktags täglich: 4.30, 6.40, 8.50 Uhr
Sonntags täglich: 3.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr

Nur 4 Tage! Freitag bis Montag!

Achtung! **„Zur Weltkugel"**
Donnerstag — Sonnabend

Schlachtefest und Preisbillard

Es ladet freundlichst ein
Albert Schröder
Westendorf 9

„Goldener Anker"

Freitag, den 6. November 1931

Großes Schlachtefest

in bekannter Güte.
Um 9 Uhr alles fertig. Verlängerte Polizeistunde.

Hermann Praast.

Seefisch, blutfrisch und billig

Verkauf: Freitag, Breiteweg 52, Toreinfahrt

Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Rotbarsch Pfund 35 Pfg., Filet, pa. weißfleisch. Pfd. 50 Pf., Grüne Heringe Pfd. 20 Pf.
Aus eigener Räucherei: Bücklinge Pfd. 40 Pfg
Geräuch. Seelachs Pfd. 60 Pf., geräuch. Rotbarsch Pfd. 60 Pf.

Fisch-Jürgens Wesermünde-Fischereihafen

Prima Suppenhühner, junge Hähnchen, junge Tauben sowie Gänse und Enten, hat laufend äußerst preiswert abzugeben.

Eier- und Geflügelverwertungsgenossenschaft „Nordharz"
eingetragene Genossenschaft m. b. H. zu Halberstadt
Am Kult 11. Tel. 2235.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 259 — Donnerstag, den 5. November 1931 — 6. Jahrgang

WERNIGERODE

Kämpft gegen die Soziale Reaktion!

Die ungeheure Not, hervorgerufen durch die entsetzliche Arbeitslosigkeit, schafft politische Wirrnisse in einem Ausmaße, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Die Auswirkungen der Harzburger Tagung und die Auslassungen der hinter ihr stehenden Parteien lassen erkennen, daß, wenn die Arbeiterschaft sich nicht auf sich selbst besinnt, Tarifunrecht und Lohnabbau in verschärftem Maße ihren Einzug halten werden. Um den vorzubeugen, soll die am Sonntag, dem 8. November, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus abzuhaltende Revolutionsfeier zu einer Massenkundgebung gegen die Inflationsverschwörer, Lohnräuber und Bürgerkriegsbanden, benutzt werden.

Wer einer Zerstörung des Tarifrechts und des Schlichtungswesen, der Erdrosselung der letzten Reste der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsfürsorge, der Herbeiführung der hundertprozentigen Unternehmerdiktatur in Reich, Ländern, Kommunen und Betrieben vorbeugen will, der erscheine in dieser Versammlung und mache Propaganda für den Besuch der Veranstaltung.

Denkt alle daran, daß die Nazi sich in aller Stille im Mühlenthal 15 eingemietet haben und dort eine Nazikaserne einzurichten gedenken. Denkt daran, daß Dr. med. Hahne in Bissendorf bei Hannover als der bevollmächtigte der Abel'schen Erben in Hannover bereit ist, das ganze Haus, das etwa 20 Zimmer enthält, für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Denkt daran, daß das gesamte Inventar für diese Kaserne bereits freiwillig von Wernigeröder Bürgern gestiftet ist. Denkt aber auch daran, daß dieselben Stifter nunmehr für die kommende Winterhilfe nichts mehr zur Verfügung stellen wollen, weil sie in dieser Hinsicht glauben, für die Not ihre Schuldigkeit getan zu haben.

Nur wer den Kopf in den Sand steckt, sieht die heraufsteigende Gefahr nicht.

Ortsausschuß der Gewerkschaften.

In der Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften berichtete der Kollege Otto über die Erfolglosigkeit des Antrags zur Erhöhung der Fürsorge-Richtsätze, die der Kreisausschuß mit Mehrheit abgelehnt habe. Es soll versucht werden, beim Regierungspräsidenten wegen Ueberschreitung des vorgesehenen 12prozentigen Abbaues Einspruch zu erheben. In der Antragsbearbeitung beim Arbeitsamt ist wieder eine erhebliche Stockung eingetreten, die durch Vorstelligwerden behoben werden soll. Die Volksfürsorge hat zwei Aufklärungsfilme herstellen lassen, die den Gewerkschaftsvorständen für ihre Versammlungen zur kostenlosen Verfügung stehen. In einer der nächsten Sitzungen wird der Vorstand des Ortsausschusses den Film vorführen lassen. Anmeldungen zur Ueberlassung des Films sind an den Kollegen Otto, Johannisstraße 24, zu richten. Einstimmig erklärte die Kartellsitzung, daß die in der letzten Parteivorsammlung vorgebrachte Beschwerde über die einseitige Berichterstattung in der „Harzer Volksstimme" über die letzte Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften völlig zu Unrecht erhoben wurde und zu Beanstandungen durchaus kein Anlaß vorliegt. Ueber die Bezirkskonferenz des ADGB. Mitteldeutschlands in Halle berichtete in eingehender Weise der Kollege Otto. Er wies auf eine Reihe wichtiger Punkte aus dem Tätigkeitsbericht des Bezirkssekretärs, Kollegen Hartmann-Jena, hin. Die Frage der Ausbildung der Arbeitsrichter, der Betriebsräte, der Gesellenausschüsse, besonders die Frage der Heimarbeit, in erster Linie der Spielwarenindustrie, und nicht zuletzt die Frage der Erwerbslosenversicherung fanden eingehende Würdigung in der Berichterstattung.

Kollege Heitmüller als Mitdelegierter beschäftigte sich mit den Ausführungen des Kollegen Schulz auf der Konferenz über die Umwälzung in der Wirtschaft, ferner mit dem Ausbau und der Entwicklung des Arbeitsrechts. Ernsthaft notwendig sei es, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Abwehrmaßnahmen zu ergreifen seien, um den reaktionären Bestrebungen der Feinde der Arbeiterschaft ihnen entgegenzutreten. Bei den Wahlen zum Bezirks-Ausschuß sei zu bedauern, daß keine Kollegen aus den Harzbezirken dort mit vertreten seien, dem müsse zukünftig durch bessere Zusammenarbeit vorgebeugt werden.

In der Aussprache kam die Erbitterung über den Lohnabbau und über die drückenden Maßnahmen der bisherigen Notverordnungen gegen die breiten Massen recht drastisch zum Ausdruck. Festgestellt wurde, daß der Arbeitsrichterausbau im Bezirk Halberstadt sehr gut funktioniert.

In seinem Schlußwort unterstrich der Kollege Otto nochmals, daß wir unter allen Umständen das Tarifrecht aufrecht erhalten müssen. Die Gewerkschaftsorganisationen sind nur da Unterstützungsvereine, wo der Kampfwille zur Beitragsleistung nicht vorhanden ist. Deshalb nicht Mutlosigkeit, sondern in erster Linie den Kampfgeist stärken! Zum Schluß wurden die vorgeschlagenen Delegationskosten für die Bezirkskonferenz noch bewilligt. Den Kassenbericht für das 3. Quartal nahm die Versammlung noch entgegen und erteilte dem Kassierer, Koll. Ackert, einstimmig Entlastung. — Kollege Foltis machte noch auf die am Sonntag abend stattfindende Revolutionsfeier aufmerksam und ersuchte um großzügige Werbung.

— **Rektor Herrholtz-Magdeburg** spricht am Sonntagabend bei der Revolutionsfeier. Derselbe Redner wird Sonntagvormittag in der großen Kundgebung der Magdeburger Arbeiterschaft gegen „Nationale Opposition" und ihre Putschabsichten sprechen. Die Versuche, einen Braunschweiger Parteigenossen als Redner zu gewinnen, sind gescheitert, da alle hierfür in Frage kommenden Genossen bereits für den Sonntag festgelegt waren. Bei der Revolutionsfeier wirken die Arbeitersänger, die „Freie Sportvereinigung" mit einem Sprechchor und das Tonkünstler-Orchester Ostermeyer mit. Sorgt für Massenbesuch.

— **Alle Parteifunktionäre** erscheinen restlos um 20 Uhr heute abend im Gewerkschaftshaus. Niemand lasse die Mahnung des Parteivorsitzenden außer acht.

— **Steuertermine.** In der heutigen Ausgabe unserer Zeitung macht der Magistrat auf die Zahlung von Steuern aufmerksam.

— **Die Fortbildungskurse des Vereins für Kunst und Wissenschaft** beginnen heute 19¾ Uhr im Gymnasium. Es spricht Organist Gericke im Musikzimmer, Dr. Lobrisch im Physikzimmer.

Aktion der preußischen Regierung zugunsten der Junglehrer.

Eine Ergänzungsverordnung zur Sparordnung.

Bereits bei der Vorbereitung der preußischen Sparverordnung vom 12. September d. Js. hat die preußische Regierung eingehend geprüft und darüber verhandelt, ob und auf welchem Wege es sich verhüten läßt, daß durch die notwendigen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiete des öffentlichen Schulwesens allein die jüngeren, noch nicht festangestellten Lehrer betroffen werden. Diese Erwägungen haben damals zu dem Ergebnis geführt, daß es, anders als bei dem Personalabbau von 1924, verfassungsrechtlich nicht möglich ist, bereits angestellte Lehrer in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, weil es diesmal an einem mit verfassungsänderndem Mehrheit zustande gekommene Ermächtigungsgesetz fehlt und nach mehreren reichsgerichtlichen Entscheidungen ohne Zweifel eine Erweiterung der bestehenden Wartestandsbestimmungen für die bereits im Dienste befindlichen Lehrer ein unzulässiges Eingreifen in wohlerworbene Beamtenrechte bedeuten würde.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung am Freitag, dem 30. Oktober, eine Ergänzungsverordnung zur preußischen Sparverordnung verabschiedet, nach dem sich die Lage nunmehr folgendermaßen darstellt:

Leiter und Lehrer an öffentlichen Schulen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, können auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß es künftig des nach gesetzlicher Vorschrift bisher notwendigen Nachweises der dauernden Dienstunfähigkeit bedarf. Die derart freiwillig in den Ruhestand Tretenden werden insofern günstiger behandelt, als sie bis zu dem Termin, zu dem sie die Altersgrenze erreicht hätten, statt 75 v. H. 80 v. H. ihres letzten Diensteinkommens als Ruhegehalt erhalten, und alsdann, wenn sie die Höchstgrenze bei ihrem Ausscheiden noch nicht erreicht haben, ihre ruhegehaltsfähige Dienstzeit trotzdem bis zum 65. Lebensjahr weiterläuft. Die Beträge, die durch das freiwillige Ausscheiden dieser Lehrer erspart werden, also der Unterschied zwischen Gehalt und Ruhegehalt, werden nach der Verordnung unverkürzt zugunsten des Lehrernachwuchses zur Verfügung gestellt; die Verordnung gewährleistet, daß nicht etwa Staate und Gemeinden diese ersparten Beträge für ihren allgemeinen Finanzbedarf verwenden.

Im Volksschulwesen werden diese Unterschiedsbeträge der Junglehrerhilfe zugeführt. Es wird so möglich sein, eine Anzahl von Schulamtsbewerbern, die jetzt nur den verhältnismäßig geringen Fortbildungszuschuß erhalten, in die besser bezahlte Kategorie der Hilfslehrer hinüberzuführen. Im höheren Schulwesen werden die Unterschiedsbeträge für die nicht in die Anwärterliste aufgenommenen Studienassessoren verwandt, für die bisher Fonds nicht zur Verfügung standen, und die infolge der notwendig gewordenen Einschränkungsmaßnahmen zum größten Teil ausscheiden mußten.

In der Verordnung ist ferner die seit Ablauf der Bestimmungen über den Personalabbau fehlende rechtliche Möglichkeit geschaffen worden, daß verheiratete Lehrerinnen auf ihren Antrag ausscheiden. Sie erhalten in diesem Falle für die Dauer von zwei Jahren nach ihrer Entlassung die Hälfte ihres letzten Diensteinkommens. Die dadurch ersparte andere Hälfte des Diensteinkommens wird gleichfalls in derselben Weise den Schulamtsbewerbern und den nicht in der Anwärterliste aufgenommenen Studienassessoren und Studienassessorinnen zugeführt.

Die Verordnung schafft die von allen Seiten gewünschte und auch in einem Beschluß des Preußischen Landtags geforderte Möglichkeit, daß ältere Lehrer und verheiratete Lehrerinnen unter erleichterten Bedingungen ausscheiden und sichert, daß die Ersparnis unverkürzt dem Lehrernachwuchs zugute kommt. Es ist zu hoffen, daß trotz der gewiß großen Opfer, die die dann Ausscheidenden auf sich nehmen, doch nunmehr eine größere Anzahl von älteren Lehrern und von verheirateten Lehrerinnen von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen werden, und daß dadurch die Lage des Lehrernachwuchses wenigstens zu einem kleinen Teil gebessert werden kann.

Linienführung der Fernverkehrsstraßen durch Ortschaften.

In der Reichskarte der Fernverkehrsstraßen sind die Fernverkehrsstraßen durch größere Städte gar nicht, durch kleinere Städte und größere Landgemeinden so durchgezeichnet, daß der Verlauf der Straße durch die Ortschaft aus der Karte nicht erkennbar ist. Da das Liniennetz der Fernverkehrsstraßen ein sicheres und schnelles Zurechtfinden der Teilnehmer im Fernkraftverkehr bezweckt, so muß auch der Verlauf der Fernverkehrsstraßen innerhalb der Ortschaften nunmehr einheitig festgelegt und kenntlich gemacht werden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern entnimmt, müssen erforderlichenfalls sowohl die durchlaufenden als auch die endenden Fernverkehrsstraßen innerhalb der Ortschaft zusammengeführt werden, damit der Vorteil des Zurechtfindens nach der Straßennummer gewahrt bleibt.

Bei der Festlegung der Straßenzüge ist einerseits Rücksicht zu nehmen auf die tatsächlichen Verkehrsverhältnisse, andererseits auch auf kommende Belange. In sehr vielen Städten wird durch zweckmäßige Linienführung (durch Umgehungsstraßen im engeren oder weiteren Weichbild der Stadt) ein Durchfahren des Stadtkerns vermieden werden können; die Umgehung des Stadtkerns darf jedoch nicht dazu führen, daß ein unwirtschaftlich großer Umweg um die Stadt vorgeschrieben wird. Mit der Festlegung der Linienführung innerhalb der Ortschaften beauftragt der Preußische Minister des Innern diejenigen Polizeibehörden, die für die Angelegenheiten der Chaussee-Polizei zuständig sind. Diese haben mit Rücksicht auf die bei der Festlegung berührten kommunalen Gesichtspunkte vorher den in Frage kommenden Gemeindevorstand anzuhören. Die erfolgte Festlegung bedarf der Genehmigung der Regierungspräsidenten.

— **Für die Totenfeier des Gymnasiums,** das EEEE, erbittet der Gymnasialdirektor von den Verwandten und Freunden der im letzten Jahre verstorbenen ehemaligen Lehrer, Beamten und Schüler die Zusendung eines recht ausführlichen Lebenslaufes zur freien Verwendung. Er bittet auch, ihn auf den Tod Ausmärtiger, die ehemals hier Schüler waren, aufmerksam zu machen. Auch für früher Verstorbene, die aber im EEEE noch nicht erwähnt sind, werden Nachrichten erbeten.

* **Weihnachtspakete nach Uebersee.** Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung an die Empfänger gesichert ist.

— **Denkt an die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt,** die wieder Lose in genügender Zahl und die darauf entfallenden Gewinne zur Verfügung stellt. Da der Preis auch in diesem Jahr wieder auf nur 50 Pfg. festgesetzt ist, kann jeder ein Los erwerben. Lose sind in der Volksbuchhandlung zu haben und auch bei unseren Zeitungsboten.

Kreis Wernigerode

Darlingerode, 2. November. Eine Gemeindevertretersitzung fand am letzten Sonnabend im Sitzungszimmer des Lokals „Zur Tanne" statt. Der Gemeindevertreter Wilhelm Dehlmann hat vor einiger Zeit sein Mandat niedergelegt. Genannter war aus der SPD. ausgetreten und gab der Partei sein Mandat zurück, weil er es durch die Partei erworben hatte. Als Ersatzmann wurde der Listennachfolger Genosse Willi Findeißen festgestellt. Die Fortbildungsschule umfaßt das Gebiet des Amtsbezirks, bestehend aus den drei Gemeinden Drübeck, Darlingerode und Altenrode. Wegen der Gemeindefinanzen sind in allen Gemeinden Kräfte am Werke, die Fortbildungsschule vorübergehend einzustellen. Unser Gemeindevorsteher gab der Vertretung Kenntnis, daß die Drübecker Gemeinde Beschluß gefaßt habe, die Fortbildungsschule im kommenden Winter nicht fortzuführen, eine starke Neigung bestehe auch in Altenrode. Für unsere Gemeinde empfahl der Gemeindevorsteher (wegen unserer zerrütteten Finanzen): „Wir müssen in erster Linie die Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger sicherstellen, und da bleibt für die übrigen Ausgaben bei uns kein Spielraum mehr. Genosse Gust. Slagge war warmer Befürworter für die Beibehaltung der Fortbildungsschule. Wir haben volles Verständnis für die Besorgnis der Ueberwachung unserer Gemeindefinanzen durch den Genossen Gemeindevorsteher Riemenschneider, aber hier ist Sparsamkeit am falschen Platz, zum Schaden der aufstrebenden Arbeiterschaft. Die Vertretung überläßt dem Vorstand die Regelung der Angelegenheit zur Entscheidung. Am Gassenberg sollen 209 Meter Graben ausgehoben werden. Diese Arbeit soll von Wohlfahrtsempfängern ausgeführt werden, und als Entschädigung 10 Pfennig pro Meter zur jeweiligen Unterstützung zu bekommen. Ein Fortschritt ist in unserer Gemeinde erzielt durch Anlegung der Straßenbeleuchtung. Einem jahrelangen Wunsch der forstschrittlichen Einwohnerschaft ist damit Genüge geleistet, indem vor einigen Wochen die Fertigstellung erfolgte. Nun fehlen der Gemeinde aber die Mittel im diesjährigen Etat, um den Strom zu bezahlen. Der Vorsteher machte den Vorschlag, 10 Pfennig Gebühr pro Monat und Haushalt zu erheben, was von der Vertretung angenommen wurde und dem Kreisausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Die Gemeindevertreter hatten die Anregung der Aufsichtsbehörde, die Bürgersteuer zu erhöhen, einstimig abgelehnt. Nun wurde laut kommissarischer Verfügung dieselbe auf 200 Prozent des Landessatzes erhöht. Eine ausgedehnte Aussprache erfolgte über die rückständigen Mieten und Zinsen einzelner Bewohner der Siedlungshäuser. Unter dem Druck der Verhältnisse ist die Gemeinde gezwungen, in Zukunft streng vorzugehen. Verschiedene kleinere Angelegenheiten wurden erledigt, so daß die Dauersitzung erst kurz vor Mitternacht geschlossen wurde.

Ilsenburg, 2. November. Zur kommunistischen Versammlung. Wenn die Kommunisten behaupten, der Ortsausschuß hätte beschlossen, einen Korreferenten zu stellen, so stimmt das nicht. Der Antrag wurde so gebracht, daß der Vorstand des Ortsausschusses bei dem Bezirk anfragen soll, ob zu einem Diskutierabend der KPD. ein Redner von der SPD. anwesend sein kann. Der Bezirksausschuß des ADGB. lehnt das aber aus Gründen ab, welche als berechtigt anzuerkennen sind. Es wäre ein ruhiger Verlauf nicht zu gewährleisten. Außerdem wäre die SPD. nicht dazu da, der KPD. den Agitationsstoff zu liefern. Es wird hierdurch an die Mitglieder der SPD. und des ADGB. die Mitteilung gemacht, daß ein Redner nicht gestellt wird.

Aus Halberstadt

* **Samariter-Kursus.** Wir weisen darauf hin, daß der Kursus „Erste Hilfe bei Unglücksfällen" am Montag, dem 9. November, um 20 Uhr, im Plantagengarten beginnt. Anmeldungen können noch bei den Mitgliedern erfolgen. Die Mitglieder werden gebeten, sich an dem Musikabend der Naturfreunde am Sonnabend, dem 7. November, 20 Uhr, im Marie-Hauptmannstift, zu beteiligen.

* **Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Ortsgruppe Halberstadt.** Die hiesige Ortsgruppe der Naturfreunde veranstaltet am Sonnabend, dem 7. November, 20 Uhr, im unteren Raume des Marie-Hauptmannstiftes einen Abend mit „Liedern zur Laute" und „Zither-Einlagen". Alle Freunde und Gönner des Vereins werden gebeten, an diesem Abend teilzunehmen. Der Unkostenbeitrag von 25 Pfg. ermöglicht es wohl jedem, diese Veranstaltung zu besuchen. — Die Versammlung heute abend wird wegen der Volksbühnenvorstellung um 8 Tage verschoben. Dafür heute abend: Brettspielabend. Alle Schachspiele mitbringen.

* **Zur Winternothilfe,** so teilt uns der Verein der Kolonialwarenhändler mit, liefern in diesen Tagen die Mitglieder des Vereins der Kolonialwarenhändler in opferwilliger Weise den Familien der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger gegen Karten verbilligte Lebensmittel. Es werden neue Linsen, Bohnen, Reis in guter einwandfreier Ware zu Preisen abgegeben, die trotz günstigster gemeinschaftlicher Einkäufe noch nicht die Selbstkosten decken. Zur Einlösung haben sich nur diejenigen Geschäfte verpflichtet, die ein Plakat: „Mitglied des Vereins der Kolonialwarenhändler" im Schaufenster zum Ausbang gebracht haben.

* **Ausschellen als ortsübliche Bekanntmachung.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, weist der Preußische Minister des Innern in einem Runderlaß darauf hin, daß die in vielen Gemeinden ortsübliche Art der Bekanntmachung amtlicher Nachrichten und Anordnungen durch Ausschellen eine behördliche Einrichtung ist. Zu einer Bekanntgabe parteipolitischer Mitteilungen (z. B. von Versammlungen) darf die Einrichtung nicht benutzt werden.

* **Auslandsverkehr der Deutschen Reichspost.** Die österreichische Postverwaltung hat wieder Nachnahmen bis 200 Schilling auf Einschreibbriefsendungen, Wertbriefen und Wertkästchen nach Deutschland zugelassen. Nachnahmen auf Einschreibbriefsendungen, Wertbriefen und Wertkästchen sowie auf Postpaketen aus Deutschland nach Oesterreich sind dagegen noch nicht wieder zugelassen. Ebenso bleiben der Postauftragsverkehr nach und aus Deutschland und der Postanweisungsverkehr aus Oesterreich nach Deutschland weiter gesperrt.

* **Einfuhrverbot für Butter und Fleischkonserven nach dem Saargebiet.** Die Postverwaltung des Saargebiets teilt mit, daß wegen Ueberschreitung der zugelassenen Kontingente die Einfuhr von Butter und Fleischkonserven in das Saargebiet mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0005

Rüstet zur Revolutionsfeier.

Vor 13 Jahren brach mit dem tragischen Ende des Weltkriegs-Massenmordes in den Novemberstürmen auch die deutsche Monarchie zusammen. Die deutsche Arbeiterschaft hat diesen Geburtstag der republikanischen Staatsform alljährlich in ernster Feier begangen. Das wird auch diesmal wieder der Fall sein.

Am kommenden Sonntag abend findet im „Elysium" die diesjährige Revolutionsfeier der Halberstädter Arbeiterschaft statt. Außer einer Festrede des Reichsbanner-Generalsekretärs Gen. A. Gebhardt-Magdeburg wirkt der „Sängerbund" mit. Außerdem wird unsere Arbeiter-Jugend durch Rezitationen und Aufführung politischer Revuebilder das Programm ergänzen.

Nähere Angaben über die weitere Ausgestaltung des Festes folgen noch. Für massenhaften Besuch wird die Arbeiterschaft Sorge tragen.

---

* **Patent-Bericht.** Durch den Patentingenieur O. Wohlthaupt, Sachverständiger für Patentwesen, Berlin N 31, Brunnenstr. 41, wird das nachgenannte Patent aus unserem Leserkreis verlautbart. 341. 530 314. Paul Scholz und Emil Baum, Halberstadt. Federnder Deckelverschluß für Kochgefäße. 18. 12. 29.

* **Segelflugsport des Luftsportvereins Halberstadt e. V.** Am Sonntag konnten die Mitglieder Hans Stümpert und Willi Schrader als erste unseres hiesigen Vereins die Prüfungen für die „A.-Prüfung für Segelflug gemäß den Bestimmungen des Deutschen Luftsportverbandes" auf dem Gelände der Steinberge erfüllen. Hans Stümpert erreichte mit einem sehr gut ausgeführten Fluge die Zeit von 43 Sekunden, während Schrader eine solche mit 34 Sekunden erzielen konnte. Da nach Vorschrift 30 Sekunden erforderlich sind, konnten die Ergebnisse als besonders günstig bezeichnet werden. Beide Herren dürften nach ihren Leistungen auch in Kürze die „B.-Prüfung, einen Flug von 60 Sekunden" erfüllen. Ganz besonders erfreulich ist es, daß gerade diese Herren die Prüfungen erfüllen konnten, wo sie schon seit Jahren mit Idealismus an dem Segelflugsport teilnehmen und besonders durch ihre tatkräftige Mitarbeit diesen vorwärts gebracht haben. Die Prüfungen wurden von dem Leiter der Segelfliegergruppe Stange und Fluglehrer Gebler abgenommen. Da der Schulbetrieb auf dem Gelände bei den See- und Steinbergen bei Wörnecke jetzt jeden Sonntag bei günstigem Wetter stattfindet, ist ein Besuch sehr empfehlenswert.

* **Die Angestelltenversicherung bei der Reichsbahn.** Die Angestelltenversicherung ist gesetzlich vorgeschrieben für Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst den Betrag von 8400 Mark nicht übersteigt. Die Versicherung bezieht sich auf den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters. Die Rechtsgrundlage bildet das Angestelltenversicherungsgesetz vom 20. Dezember 1911 in der Fassung vom 1. Juni 1924. Träger der Versicherung ist die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin. Durchführungsbehörden sind die Versicherungsämter, die Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Die Mittel für die Versicherung werden zu gleichen Teilen von der Reichsbahnverwaltung und den Versicherten durch laufende Monatsbeiträge aufgebracht. Für die Höhe der Beiträge im einzelnen ist die Gehaltsklasse der Versicherten maßgebend. Der Aufwand der Deutschen Reichsbahngesellschaft hierfür betrug nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz im Jahre 1930 1,6 Millionen Mark. Gegenstand der Versicherung sind Ruhegehalt nebst Kinderzuschuß und Hinterbliebenenrente. Neben dieser gesetzlichen Versicherung besteht auf Grund eines Abkommens vom 9. Oktober 1928 für die beim Reich und bei der Reichsbahn beschäftigten Angestellten, für deren zusätzliche Altersversorgung nicht anderweit gesorgt ist, die Verpflichtung, sich in einer höheren als der reichsgesetzlich bestimmten Klasse der Reichsangestelltenversicherung zu versichern. Von dem dazu aufgewendenden Beitrag trägt der Angestellte ⅓, die Reichsbahnverwaltung ⅔.

* **Zum Inkrafttreten des Reichsmilchgesetzes.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß vom 1. Januar 1932 an mit dem Inkrafttreten des Reichsmilchgesetzes höhere Anforderungen bei der Erteilung der Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Abgabe von Milch gestellt werden. Die Regierungspräsidenten werden auf die Milchhandelserlaubnisstellen einwirken, daß diese die Antragsteller, die sich noch vor dem 1. Januar um die Erteilung einer Milchhandelserlaubnis bemühen, auf die sich gegebenenfalls ergebenden Konsequenzen aufmerksam machen. Nach dem neuen Gesetz unterliegt jeder, der gewerbsmäßig Milch an andere abgibt, einer besonderen Erlaubnis. Diese wird u. a. von dem Nachweis einer bestimmten Mindestmenge abhängig gemacht werden. Lediglich diejenigen Unternehmer, die ihr Unternehmen bereits vor dem 8. August 1930 betrieben haben, sind von dem Nachweis befreit, eine bestimmte Mindestmenge in Verkehr bringen zu können, während sie im übrigen allen anderen Konzessionierungsvorschriften ebenso unterliegen, wie diejenigen Unternehmer, die in der Zeit vom 8. August 1930 bis zum 1. Januar 1932 ihren Betrieb eröffnet haben.

Mitteldeutsche Rundschau.

Verbot kommunistischer Blätter.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Magdeburg erscheinende kommunistische Tageszeitung „Tribüne" auf die Dauer von vier Wochen verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch Ausführungen in den Nummern 204, 206, 211 und 212 dieser Zeitung zum Ungehorsam gegen Gesetze, rechtsgültige Verordnungen und innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung und Behörden aufgefordert und angereizt auch auch Organe, Einrichtungen, Behörden und leitende Beamte des Reichs und des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurden. Hierdurch wurde auch zugleich die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Der Oberpräsident hat gleichfalls die in Magdeburg erscheinende Wochenzeitung „Der Arbeitslose", Organ des Bezirks-Erwerbslosen-Ausschusses Magdeburg-Anhalt, Publikationsorgan der RGO., auf die Dauer von drei Monaten verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil in Nr. 16 dieser Wochenzeitung Reichstag und Reichsregierung als verfassungsmäßige Organe des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurden.

Die Finanzlage der Stadt Blankenburg.

Blankenburg (Harz). Durch die Maßnahmen des Sparkommissars der Stadt Blankenburg sind Ersparungen im städtischen Haushalt von 41 000 ℳ zu erwarten. Durch die Erhöhung der Wohlfahrtslasten und durch Steueraufsall bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer entstehenden Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen in Höhe von 74 000 ℳ, so daß, gegen die Gesamterparnisse gerechnet, der ursprüngliche Fehlbetrag von 54 000 sich auf 70 000 ℳ erhöht. Wenn auch dieser Fehlbetrag im Verhältnis zu der Gesamtsumme der Ausgaben und im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht als sehr hoch bezeichnet werden kann, so wurde doch zum teilweisen Ausgleich des Haushalts die Erhöhung der Bürgersteuer um 50 auf 150 v. H. und der Biersteuer ebensalls um 50 auf 150 v. H. durch den Staatskommissar beschlossen. Für die Winterhilfsmaßnahmen hat der Staatsbeauftragte eine Verbilligung der Kohlen und Kartoffeln für die Notleidenden zugestanden und den Zuschuß für die Schulspeisung der Kinder erhöht.

Durch Starkstrom getötet.

Halle. In der Starkstromanlage im Arbeitsamt wurde der 65jährige Obermonteur Grodian von der Wehag tot aufgefunden. An der linken Hand waren starke Brandverletzungen festzustellen. Es wird vermutet, daß Grodian bei der Ausschaltung der Starkstromleitung ein Irrtum unterlaufen ist. Der Tod muß sofort eingetreten sein.

Schüsse auf die Blindenanstalt.

Halle. In den späten Abendstunden des Dienstag sind auf eine Wohnung in der Bugenhagenstraße (Blindenanstalt) zwei Schüsse abgegeben worden. Die Kugeln durchschlugen die Fensterscheiben und fingen sich in der Gardine. Verletzt ist niemand. Ein sofortiges Absuchen der Gegend war ergebnislos.

150 000 ℳ Fehlbetrag in Leuna.

Leuna. Die Gemeindevertretung beschäftigte in ihrer letzten Sitzung u. a. auch die Finanzlage der Gemeinde, wobei mitgeteilt wurde, daß mit einem Fehlbetrag von 150 000 ℳ zu rechnen sei. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er fest entschlossen sei, zur Deckung des Fehlbetrages die Bürgersteuer in Höhe von 300 Proz. zu erheben, um die Finanzlage der Gemeinde zu erhalten; außerdem soll die Getränkesteuer eingeführt und die Vergnügungssteuer erhöht werden.

Auf der Spur der Räuber von Arnstedt.

Arnstedt. Am Sonnabend wurde der Knappschaftsälteste Frenzel überfallen. Als Täter ist ein gewisser L. aus W. ermittelt worden, der jedoch flüchtig ist. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde sein Vater verhaftet.

Die Brandstifter von Schkeuditz verhaftet.

Schkeuditz. Im vorigen Jahre erregten die zahlreichen Brände in Schkeuditz großes Aufsehen und Empörung. Trotz der Anstrengungen der Polizei ist es nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Zwischen den Brüdern Max und Paul R. kam es nun zu einem Streit, in dessen Verlauf sich die Brüder gegenseitig die Brandstiftungen vormarfen. Sie wurden nunmehr verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Halle zugeführt, wo sie bereits Teilgeständnisse abgelegt haben.

Lustmord an einem sechsjährigen Kinde.

Raguhn. In den späten Nachmittagsstunden des Dienstag wurde hier von dem 21 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Karl Häbicke an der sechsjährigen Marianne Wabnitz ein grässlicher Lustmord verübt. Häbicke lockte das Kind an sich, begab sich mit ihm an das Mulde-Ufer und verging sich hier an ihm. Schließlich erdrosselte er das Mädchen. Die Leiche wurde am Mittwoch vormittag aufgefunden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf Häbicke, der auch gleich in Polizeigewahrsam genommen wurde, wo er auch gleich ein umfassendes Geständnis ablegte. Er scheint pathologisch veranlagt zu sein und hat schon früher verschiedentlich Grabschändungen verübt. Der Täter wird noch im Laufe des Mittwoch vormittag nach Dessau übergeführt.

Raubüberfall in der Reichsbank.

Magdeburg. Am Mittwoch vormittag ereignete sich im Kassenraum der Reichsbank auf dem Breiteweg ein Raubüberfall. Als ein Bote der Viehmarktbank einen Betrag von 10 000 ℳ abgehoben hatte, wurde er von zwei Männern angesprochen, die ihn um das Einwechseln einiger Noten baten. Im Verlauf dieser Unterredung überfielen sie ihn und entwendeten ihm den abgehobenen Betrag von 10 000 ℳ. Die Täter flüchteten darauf aus dem Reichsbankgebäude, wurden aber durch Beamte der Reichsbank verfolgt. Einer der Täter konnte sofort festgehalten werden. Er wurde der Polizei übergeben und laut Paß als der Pole David Mitczzki ermittelt. In seinem Besitz befand sich der gesamte Betrag des gestohlenen Geldes, der dem rechtmäßigen Besitzer wieder ausgeliefert werden konnte. Der zweite Täter, anscheinend auch ein Ausländer, ist noch flüchtig. Er wird verfolgt. Er war zunächst in ein Autogeschäft auf dem Breiteweg gelaufen und ist von dort unter Zurücklassung seines Mantels und Hutes weitergeflüchtet.

Die Brandstiftungen im Kreise Salzwedel.

Salzwedel. Im Zusammenhang mit den vor einiger Zeit berichteten Brandstiftungen im Kreise Salzwedel fanden auf Grund der Ermittlungen der Landeskriminalpolizei nunmehr weitere Verhaftungen statt. So wurde u. a. der Landwirt Schwarzlose in Heiligenfelde, dessen Wohnhaus vor einigen Tagen niederbrannte, unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen und dem Untersuchungsrichter in Stendal zugeführt. Gleichfalls unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet wurde der Landwirt und Maurermeister Seehaus in Badel, auf dessen Anwesen vor wenigen Tagen Scheune und Stallungen durch Feuer vernichtet wurden. Ein Verwandter des Seehaus, der eine Viertelstunde vor Ausbruch des Brandes nach Hannover abgereist war, wurde auf Veranlassung der Ortspolizeibehörde dort ebensalls festgenommen. Die schnelle Abreise wird mit der Brandstiftung in Zusammenhang gebracht. An der Brandstätte fand man Spuren von Petroleum und damit getränkte Lappen. Hilfsbereite Nachbarn bemerkten während der Rettung des Viehs, daß im Stalle zwei Kerzen brannten, während zwei andere bereits heruntergebrannt waren, wodurch vermutlich das Feuer ausgebrochen war. Die Ermittelungen ergaben, daß die Kerzen erst wenige Stunden vor Ausbruch des Feuers bei einem Kaufmann im Orte gekauft worden waren.

Ein Jahr Zuchthaus für einen Fahrradmarder.

Salzwedel (Altm.) Im Kreise Salzwedel und im benachbarten Hannoverland erregten seinerzeit zahlreiche Fahrraddiebstähle Aufsehen, bis schließlich der Arbeiter Fritz Prange als Täter verhaftet werden konnte. Wegen einer Reihe von Fällen erfolgte bereits die Aburteilung. Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde am Dienstag wegen eines Fahrraddiebstahls in einer Salzwedeler Gastwirtschaft verhandelt. Im Hinblick auf die erheblichen Vorstrafen und den Rückfallsdiebstahl erhielt Prange ein Jahr Zuchthaus. Dieses Strafmaß wird sich sicher bei den außerdem schwebenden Verfahren noch erhöhen.

Stadttheater Halberstadt

„Der Strom", Drama von Max Halbe.

Daß beim Publikum ein dringendes Bedürfnis vorgelegen hätte, Halbes im Jahre 1903 zum ersten Male aufgeführtes Drama „Der Strom" wieder einmal vorgesetzt zu erhalten, muß wohl bestritten werden. In einer Zeit, in der man sich die größte Mühe gibt, die Anziehungskraft des Theaters immer noch mehr zu verstärken, muß die Aufnahme dieses wirklich längst nicht mehr aktuellen Stückes als ein Fehlgriff bezeichnet werden. Mit der Aufführung der „Zugend" im vorigen Jahre hätte das Kapitel Halbe geschlossen werden können. Es gibt soviele Zeitstücke, die dankbar sind und eine große Zugkraft haben; aus ihnen hätte die Auswahl erfolgen müssen. Schließlich will auch ein Regisseur einmal vor Aufgaben gestellt werden. Man wird nicht behaupten wollen, daß Jakob Ziegler bei der Einstudierung von Halbes Drama von Glücksgefühlen überwältigt gewesen wäre, eine solche Aufgabe zugewiesen erhalten zu haben. Diese westpreußische Erbschaftsgeschichte, die an der Weichsel spielt, liefert höchstens einigen Schauspielern theatergerechte Rollen. Darüber hinaus vermag das Ganze nur noch wenig Interesse zu erwecken. Diese Feststellung jedoch hindert nicht, gute Leistungen gebührend hervorzuheben. Rudolf Johe zeichnete den Deichhauptmann Peter Doorn als einen typischen, breitschultrigen und schwerfälligen Westpreußen, dessen Robustheit jedes Schuldbewußtsein unterdrückt. Seine Darstellung war gut und überzeugend. Den jungen Jakob Doorn, den um sein Erbteil Betrogenen, spielte Fritz Aulinger jugendlich-aufbrausend und voll Phantasie; er legte eine erfreuliche schauspielerische Aktivität an den Tag. Otto Woegerer verstärkte als Heinrich Doorn die günstigen Eindrücke, die sein bisheriges Auftreten hinterließen. Vielleicht löst er sich einmal von der althergebrachten Schablone los und spielt etwas freier, unbeengt von traditioneller Schauspielerei. Dagegen war Wilma Korion in der Rolle der Renate nicht immer glücklich disponiert. Eine erklärliche Unruhe führte dazu, daß sie sich bei der Schilderung von Stimmungen vergriff; sobald sie sich in einem singenden Tonfall erging, wurde ihre Darstellung blaß. Sie sollte nur frisch natürlich darauf los sprechen, denn es erweist sich dann, daß die Kraft ihrer Sprache groß genug ist, um Eindruck zu machen. Leonore Spinti gab die unwissende Frau Philippine gut in Maske und Geste. Ganz besondere Anerkennung aber verdient August Schwade wegen der großartigen Charakterisierung des Reinhold Ulrichs; sein Spiel war gut angelegt und beschränkte sich nicht nur auf eine oberflächliche Darstellung. Dieser alte Ulrichs war nach ihm eine Seele von Mensch, der nur wegen seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht gegen das Erbschaftsunrecht sprechen. Schwade hat besonders in der letzten Zeit immer sehr günstig abgeschnitten. wk.

Wandlung der Tuberkuloseforschung.

Dr. Günther Enderlein,

Custos am Zoologischen Museum in Berlin, hat die aufsehenerregende Mitteilung gemacht, es sei gelungen, Tuberkulosebazillen aus Schimmelpilzen zu züchten. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so würden damit der Theorie und der Heilung der Tuberkulose ganz neue Bahnen gewiesen werden.

Arbeiter-Sport.

A.-S.-V. „Wasserfreunde" Halberstadt. Heute, Donnerstag, pünktlich 20 Uhr, Spielerstimme der Handballer. Restloses Erscheinen ist notwendig.

Ringsport-Verein 1911. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, Uebungsstunde im Ringsport-Heim, Domplatz 49. Eintrittskarten für die Eröffnung sind daselbst beim Vorstand zu haben. Eintritt frei, ohne Karte kein Zutritt. Einzuna am Halberstädter Tageblatt.

Um die Entscheidung der Fußballmeisterschaft im Harzbezirk. Der Weg zur Bundesfußballmeisterschaft ist schwer. Alljährlich betreten 8 300 Mannschaften diesen Weg. In 19 Kreisen mit 130 Bezirken wird um diese Ehre gestritten. Erst kommt die Meisterschaft des Bezirks, dann die Kreismeisterschaft, darauf solat der Verbandsmeister. Hierauf treten dann die Meister Mittel-, Süd-, Südwest-, West-, Nord- und Ost-Deutschlands zur Entscheidung um den Bundesmeister an. Bis zur Kreismeisterschaft sind Runden- oder Punktspiele. Von der Verbandsmeisterschaft bis zum Bundesmeister handelt es sich um Entscheidungsspiele. Im Frühjahr hat jede Mannschaft das Bestreben, die Anwartschaft der Meisterwürde zu erringen. Oft straucheln alte Meister und neue nehmen die Stellen ein. Im 2. Kreis hat der Magdeburger, Hallenser, Mansfelder, Anhaltiner, Bitterfelder, und Aschersleber Bezirk seine Meister festgestellt. Der Braunschweiger und Harzbezirk stellen am Sonntag den Meister fest. Im Harzbezirk sind Eintracht-Osterwieck und Teutonia-Aschersleben punktgleich. Der kommende Sonntag, 8. November, muß die Entscheidung bringen. In Halberstadt auf dem Sportplatz Burchardianger als neutralen Platz treten 14.30 Uhr beide Mannschaften zur Meisterschaft an. Als Schiedsrichter amtiert ein Neutraler aus Magdeburg. Beide Mannschaften haben gleiche Aussichten. Vor dem Spiel trifft Burgund 1. auf Eintracht Hohm 1. Ein Besuch dieses Großkampftages im Fußball ist zu empfehlen.

Wetter-Aussichten.

Voraussichtliche Witterung bis 6. November abends.

Durch starken Barometeranstieg im Westen Europas gleichen sich die Luftdruckunterschiede über dem Festlande allmählich aus. Die Luftbewegung wird daher geringer werden. Gleichzeitig werden die Winde mehr und mehr auf West drehen und etwas kühlere Luftmassen heranbringen. Mittelbeutschland, das am Mittwoch in die wärmste Strömung der durchziehenden Wärmewelle gelangte, wird daher nunmehr einen allmählichen Temperaturrückgang erhalten. Das Wetter wird bei dem einsetzenden Luftmassenaustausch zwar etwas unbeständiger werden, doch ist die Zunahme des Luftdrucks im Westen so groß, daß die Wetterverschlechterung nur einen geringen Grad erreicht.

Aussichten: Südwestliche bis westliche Winde von abnehmender Stärke, zeitweise bewölkt und vorübergehend Neigung zu Niederschlag, Temperatur sinkend.

Geschäftliches

Billige Kohlen in Thale. Die Firma Paul Kestner in Thale veröffentlicht ein vorteilhaftes Angebot über die Beschaffung von Kohlen. (Siehe Inserat.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0006

Oeffentliche Kundgebungen.

am Sonntag, dem 8. November in den Unterbezirken Halberstadt-Wernigerode mit dem Thema „Sozialer Volksblock gegen Inflationsverschwörer, Lohnräuber und Bürgerkriegsbanden", finden wie folgt statt:

Nachmittags 15 Uhr:

Derenburg, im Bürgergarten, Ref. Paul Reinhardt-Magdeburg.
Schauen, bei Kasten, Ref. Landtagsabg. Karl Blum, Wiederitz.

Abends 20 Uhr:

Halberstadt, im Elysium, Ref. A. Gebhardt, Magdeburg.
Sargstedt, bei Sievers, Referent Franz Lange, Magdeburg.
Wernigerode, im Monopol, Referent Rektor Herklotz, Magdeburg.
Darlingerode, im „Braunen Hirsch". Redner: Landtagsabgeordnete Minna Bollmann, Halberstadt.

Am Montag, dem 9. November, abends 20 Uhr:

Wehrstedt, bei Raecke, Referent Landrat Müller, Halberstadt.

Wir bitten unsere Anhänger, diese Veranstaltungen restlos zu besuchen. Die jetzige Zeit erfordert eine besondere Aktivität und Geschlossenheit und deshalb müssen diese Kundgebungen Massenveranstaltungen werden.

Mit Parteigruß
Rudolf Köchig. Wilhelm Heitmüller. Fritz Schütte.

Aus Osterwieck

ow. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hielt am Sonntag seine Monatsversammlung ab. Zum „Brutaler Angriff auf unsere Rechte" nahm Koll. Fricke das Wort. Durch Beitragsausfälle infolge Arbeitslosigkeit ist bis jetzt ein Defizit von rund 220 Millionen bei den Invalidenversicherungsverbänden entstanden. Für 1932 ist mit einem Fehlbetrage von 300 Millionen zu rechnen. Der ständige Ausschuß des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungen hat dem Reichsarbeitsministerium eine ganze Blütenlese von Sparvorschlägen eingereicht. Es sind bloß 15 an der Zahl. Die Herren, die diese schönen Vorschläge gemacht haben, sind anscheinend in den Besitz der Papiere des Nazischriftstellers Mann-Weimar gekommen, der schon 1922 sagte: „Wer nicht mehr arbeitsfähig ist, muß von der Welt verschwinden." Die Schlußfolgerung aus diesen Vorschlägen ist die, noch soviel wie möglich von den Renten zu kürzen. Wie dann nachher der Mensch noch regieren soll, bleibt ein Rätsel. Wie sich die Sparmaßnahmen auswirken, zeigt ein Beispiel von Osterwieck. Im vorigen Jahre sind von hier 48 Personen zur Kur geschickt worden; in diesem Jahre nur zwei. Unsere Pflicht ist es jetzt uns ganz entschieden zu wehren. In der Versammlung gab Koll. Römmer einen Bericht von der Kreiskonferenz am 21. Oktober in Halberstadt.

Aus Oschersleben

o. Antwort auf einen offenen Brief. Der ehemalige Gauzlinkser, der jetzige Nazi Ernst Leinung, schreibt einen offenen Brief an den Vorstand unserer Ortsgruppe der Partei in der Angelegenheit Bock in der Nr. 55 vom 3. November im Oschersleber Kreisblatt. Er fordert Aufklärung über seltsame Gerüchte, die seit einiger Zeit Stadt und Land durchschwirren. Dem Schreiber sei nur geantwortet, daß diejenigen Organisationen, welche über die Angelegenheit Bock zu entscheiden haben, dieses schon längst getan haben, dazu brauchen wir nicht die Vertreter des Dritten Reiches. Aber, weil der Artikel so viel nach Reinlichkeit und Sauberkeit in der Nazipartei aussehen soll, als ob dort Menschen nur mit 100prozentiger Ehrlichkeit zuhause seien, nur für heute ein kleines Beispiel von einem SA-Führer. Sein Name ist Fred Ernst. Als Schußfunge hatte er einstens den Vornamen Alfred, da er aber ein ganz deutscher Mann ist, hat er sich den Vornamen Fred zugelegt. Dieses klingt deutscher, nicht wahr! Also nun zum Werdegang von Fred Ernst. Er stammt aus einer Soldatenfamilie und wie seine Brüder wurde auch er Soldat. Seine militärische Laufbahn begann in der Unteroffizierswerbschule oder wie diese heißt. Der Krieg kam, er wurde befördert und bekam Orden und Ehrenzeichen. Er gehörte zum aktiven Heer. Der Friede kam und diese werden sich nun gewundert haben, daß der über 12 Jahr aktiv gediente Offiziersstellvertreter Alfred Ernst nicht die Beamtenlaufbahn trotz seiner mehrfachen Verwundung eingeschlagen hat, sondern als Privatangestellter gehen mußte. Vielleicht fragt der Nazi Ernst Leinung seinen Pg. Fred Ernst. Das eine sei für heute gesagt, freiwillig gibt kein aktiv gedienter und verwundeter Soldat der einen Anspruch hat auf die Beamtenlaufbahn, dieses preis, wenn nicht irgendwelche Angelegenheiten ihn zwingen, darauf zu verzichten. Was nun die Gerüchte beim Konsum betreffen, da kann Nazi Ernst Leinung sich Aufklärung beim Konsum holen.

o. Ein Fahrraddiebstahl wurde am Mittwochmorgen in der Halberstädter Straße verübt. Ein Damen-Fahrrad wurde vor einem Geschäftshaus entwendet. Das Rad war fast neu.

Kreis Oschersleben

Revolutionsfeiern.

Ottleben. Am Sonnabend, dem 7. November, findet anläßlich der Revolutionsfeier eine Filmvorführung mit dem russischen Revolutionsfilm „Panzerkreuzer Potemkin" im Könnding'schen Lokal statt. Dazu wird die Gewerkschaftsangestellte Anna Zeis-Magdeburg sprechen. Wir bitten um guten Besuch.

Croitzsch. Sonntag, dem 8. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit eingeladenen Gästen im Lokal Heimholz. Parteisekretär Genosse Schumacher wird einen Lichtbildervortrag über den Film „Im Westen nichts Neues" halten.

Anderbeck. Revolutionsversammlung am Sonntag, dem 8. November, abends 8 Uhr, im Heinemannschen Saal. Redner: Gewerkschaftssekretär Gustav Bank-Magdeburg, 2. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt.

Schwanebeck. Sonntag, dem 8. November, nachmittags 3 Uhr, öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Sozialer Volksblock gegen Inflationsverschwörer, Lohnräuber und Bürgerkriegsbanden". Lokal „Deutsches Haus". Redner: Stadtrat Ernst Wittmaack-Magdeburg.

Oschersleben. Montag, dem 9. November, Revolutionsfestversammlung im Landhaus. Redner: Generalsekretär des Reichsbanners, Genosse Gebhardt-Magdeburg.

Gröningen, 4. November. Am Montag abend, als der von Croppenstedt 6.20 Uhr kommende Personenzug in den Gröninger Bahnhof einfuhr, wurde vom Zugführer ein kräftiger Ruck bemerkt. Da man etwas auf den Schienen vermutete, wurde nachgeprüft. Es wurde festgestellt, daß ein Hemmschuh auf die Schienen gelegt war. Es muß angenommen werden, daß spielende Kinder einen Streich ausführen oder daß jemand ein Unglück herbeiführen wollte.

Partei-Genossinnen und -Genossen, werbt für Euer Blatt!

40 Jahre Sozialdemokratie in Quedlinburg.

Wie es vor der Gründung der Partei in Quedlinburg aussah.

Nunmehr sind es 30 Jahre her, daß die Gründung des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei vor sich ging. Es war die Zeit, als die Arbeiterschaft von dem Schandgesetz befreit wurde. Im Jahre 1884 hatte ein kleiner Kreis Genossen als Verkehrslokal den Gasthof „Hoffnung", welches später der „Schwarze Adler" war, heute aber als Privathaus benutzt wird. Maurer und Zimmerer hatten die Führung als „Fachverein". Heinrich Müller, Wilhelm Hitzing, Karl Wendemuth, Hermann Tiebe, Fritz Sperling, Heinrich Siedentopf, sämtlich Maurer, Karl Döring, der später nach Brasilien auswanderte, und noch etliche waren die damaligen Kämpfer in Quedlinburg unter dem Sozialistengesetz. Aber einen der schwierigsten Posten hatte Karl Heyer inne. Er gab seinen Namen als Deckadresse her für die verbotenen Druckschriften, besonders der Schweizer Druckschriften. Diese Druckschen wurden oftmals in ausgehöhltem Schweizerkäse über die Grenze geschmuggelt, um sie vor dem Zugriff der Behörden zu sichern. Bei diesem Genossen wurden aber auch die mit chemischer Tinte geschriebenen Schriftstücke mit einer bestimmten Flüssigkeit leserlich gemacht. Es war also alles auf Geheimdienste eingestellt und daraus ergibt sich, daß die Genossen festenfest aufeinander vertrauen mußten. Der Zigarrenmacher Zöllner hatte den Posten des Bücherwarts inne. Er war also der Wächter des geistigen Rüstzeugs. Die Polizei aber war fortgesetzt bemüht, Flugblätter oder anderes Material ausfindig zu machen. Beim Genossen Hitzing wurden wiederholt alle möglichen Ecken und Winkel, sogar Sandlöcher durchsucht. Einmal wurden Wahlflugblätter gesucht, doch vergeblich. Während dessen aber waren die Flugblätter in einem alten Kutschwagen mit nur noch drei Rädern, der im Gasthof zur Hoffnung stand und nur noch als Hühnernest benutzt wurde, versteckt. Die Hühner hielten getreulich Wacht und so wurden sie dem Zugriff der Polizei entzogen. Der Polizei war mal wieder ein Schnippchen geschlagen.

So ließen sich noch mehr Episoden anführen. Doch immer ging die Sache nicht so glatt. Oftmals wurden dann die Zeitungsverteiler beim Verteilen gefaßt und mußten blutenden Herzens der Beschlagnahme zusehen. Als nun 1884 die Wahl beendet war, zählte man in Quedlinburg zirka 400 Stimmen und 4000 im ganzen Wahlkreise Calbe-Aschersleben. Welche gewaltige Arbeit von allen Genossen zu leisten war, geht schon daraus hervor, daß die nähere und weitere Umgebung bis nach Pr.-Börnecke bearbeitet werden mußte. Sagar in Thale, mit seiner schon damals verhältnismäßig großen Industriearbeiterschaft, mußte agitiert werden. Alle Unkosten, wie Fahrgeld usw. mußten aus eigener Tasche bezahlt werden. So kam man dann zur Wahl im Jahre 1887. Diesmal hatte man im „Preußischen Hof" eine Wahlversammlung angesetzt, in welcher der Hutmacher August Heine aus Halberstadt sprach. Wilhelm Hitzing hatte sich am Aufgang zum Saal mit 2 Tellern postiert zu einer freiwilligen Sammlung, die zur Deckung der Unkosten erforderlich war. Wer kann sich die Augen dieses lieben Genossen vorstellen, als zwei alte 1848er Demokraten, der Buchhändler Huch und der Schuhmacherhändler Rein jeder einen blanken Taler auf den Teller legten. Die Versammlung war sehr gut besucht, eine große Zahl Hörer lauschte den Ausführungen des Redners. Eine zweite Versammlung in demselben Lokale wurde nicht genehmigt, weil die Polizei befürchtete, der Fußboden halte in dem hochgelegenen Saale die Belastung nicht aus. Man war eben in damaliger Zeit um Ausreden auch nicht verlegen. Infolgedessen wurde die zweite Versammlung im Restaurant „Zum Schloß" abgehalten. Es war ein Sonntag nachmittag. Infolge der beschränkten Lokalverhältnisse waren etwa 150 Personen erschienen, also eine verhältnismäßig kleine Zahl. Ob nun zufällig oder gewollt, jedenfalls stand am Schlusse der Versammlung der damalige Oberbürgermeister Brecht an den Klippen des Schloßberges und musterte jeden einzelnen Versammlungsbesucher. Auch ein Zeichen dafür, daß man es mit der Wahrnehmung des staatlichen Interesses recht ernst nahm. Diese Wahlarbeit hatte uns aber wieder ein Stück vorwärts gebracht. In unserer Stadt wurden zirka 700 Stimmen und im Wahlkreise 7000 Stimmen gezählt.

Zu jener Zeit bestand ein geselliger Verein als Rauchklub, der bis dahin im „Bürgergarten" in der Schmalenstraße 6 zusammenkam. Dieser wurde dann etwas später von den Genossen als Decknamen übernommen. Das Verkehrslokal war von da ab der „Anker" (Augustinern). Immer mußte man darauf bedacht sein, der Polizei keine Handhabe zu bieten. So kam man dann an das Jahr 1890, als wiederum eine Wahl bevorstand und in der sich die deutsche Sozialdemokratie so tapfer schlug.

Die Wahlversammlungen wurden hauptsächlich unter August Trautewein geführt, der inzwischen nach Quedlinburg gekommen war. Durch diese Wahl befreite sich die Sozialdemokratie von dem Ausnahmegesetz. Viel Kleinarbeit mußte unter großen Opfern geleistet werden. In vielen Familien war große Not eingekehrt. Trotzdem ließen sich die damaligen treuen Kämpfer nicht abhalten, für die sozialistische Idee zu kämpfen. Viele der treuen Kämpfer deckt heute der kühle Rasen, nur wenigen ist es vergönnt, noch unter uns zu weilen.

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäftes.

Max Levi Nachf.

Quedlinburg a. Harz.

Kundgebungen und Revolutionsfeiern.

Sonntag, den 8. November:

Wedderseben: Lichtbildervortrag „Im Westen nichts Neues", abends 8 Uhr im Lokal Bank. Referent: Genosse Peters-Magdeb.
Pr. Börnecke: Stadtverordnetenvorsteher Genosse Kirchhof-Bad Salzelmen spricht nachmittags 3 Uhr im Gasthaus Salge.
Quedlinburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Ferl-Magdeburg.

Parole ist: Sozialer Volksblock gegen Inflationsverschwörer, Lohnräuber und Bürgerkriegsbanden.

Die Gesamtbevölkerung ist zu diesen Versammlungen und Kundgebungen hiermit eingeladen.

Wen bevorzugen wir in Quedlinburg?

Wichtig für sparsame Brautleute
Herrliche Schlafzimmer mit gros. breit. Spiegelschrank **325 Mk.**
Hochmodern. Schlafzimmer echt eich., gr. Spiegelschrank 180 breit, vollst. komplett **425 Mk.**
Sehr apartes mod. Speisezimmer, Büffet, 180 breit, mit herrlichem Vitrinenaufsatz kompl. **385 Mk.**
Küche 100 und 150 Mk.
— 10 Jahre Garantie —
M. Jentzsch, Quedlinburg
Stumpfsburgerstr. 4
Freie Lieferung
Abholung im Auto.

Kreis-Sparkasse zu Quedlinburg

DSG

Provisionsfreier Scheckverkehr . Annahme von Spargeldern . Kontokorrent- und Ueberweisungs-Verkehr . An- und Verkauf, sowie Verwaltung von Wertpapieren . Heimsparbüchsen . Sparmarken . Abschlüsse v. Bausparverträgen

Sämtliche **Drucksachen** für Vereine
● schnell
● gut
● billig
Druckerei **Halberstädter Tageblatt**

Georg Streubel
Architekt W. D. A.
Am heiligen Brunnen 5
Bauprojekte .. Bauberatung
Bauleitung, Kostenvoranschläge
Statische Berechnungen .....
Gelände- und Grundstücks-Schätzungen

Otto Helwing
geprüfter Orthopädie-Mechaniker und Bandagistenmeister
Heiligegeiststraße 23
Fernsprecher 506
★
Bandagen
Kunstglieder
Orthopäd. Apparate
Krankenpfl. - Artikel

Quedlinburger Baugesellschaft m. b. H.
Hardenbergstraße 2
★
Ausführung sämtl. Maurer- und Zimmerer-Arbeiten
Spezialität: Treppenbau

Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie Siedlungsgenossenschaften pp. ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und ihrem Bekanntenkreise nachdrücklichst zu empfehlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0007

Kreis Quedlinburg

Reinstedt, 5. November. Am Dienstagabend, 23.15 Uhr, ertönten die Alarmsignale der hiesigen Feuerwehr. Die größte Vorratsscheune Reinstedts, dem Mühlenbesitzer Reiche gehörig, war in Brand geraten. Schnell war die Feuerwehr zur Stelle. Die Wehr arbeitete unermüdlich bis zum Eintreffen der Motorspritze des Kreises. Der starke Wind beschleunigte die schnelle Ausbreitung des Brandes. Die Aufgabe der Wehr war, das Feuer abzuriegeln, um ein Ueberspringen auf das Wohnhaus und Stallungen zu verhindern. Gegen 1 Uhr war die Wehr Herr der Lage geworden und die Macht des Feuers war gebrochen; auch konnte die Motorspritze bald abrücken. Der große Scheunenbau, welcher eine Länge von zirka 60 Meter hat, wurde vollständig eingeäschert. Die in der Schneue untergestellte Dreschmaschine und mehrere landwirtschaftliche Maschinen und die riesigen Strohvorräte, welche von 6 Landwirten aus Reinstedt und Thale dort lagerten, wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Aus Thale

ib. **Die Sammlung der Winterhilfe** hat eine ganze Anzahl Gegenstände eingebracht. Es sind neben Gebrauchsgegenständen auch Kleidungsstücke und Eßwaren gegeben worden. Es wurde der Wunsch laut, diese Sammlung am Mittwoch, dem 11. November, zu wiederholen.

ib. **Unsere Parteiversammlung**, in der Gen. Kasten-Stadßfurt über die politische Lage sprach, war gutbesucht. Ueber Wirtschaftsfragen und Fragen, die in der Oeffentlichkeit im Vordergrund stehen, ging der Referent zur Stellung der SPD. in Preußen und im Reich über. Er zeigte, daß eine andere Tagespolitik nicht angebracht ist. Sein Referat klang in dem Sinne aus: Wir müssen den letzten Mann heranbringen, damit wir an Kraft gewinnen. Gebt uns die Macht, gebt uns die Mehrheit. Eine Diskussion über das Referat wurde nicht gewünscht. Gen. Wegener forderte dann alle Anwesenden auf, am Sonntag, dem 8. November, die Kundgebung der Partei im Restaurant Steinbachtal zu besuchen. Der Eintritt kostet 10 Pfg. Erwerbslose sind frei. Auch machte Gen. Wegener auf das bestehende Demonstrationsverbot aufmerksam. In den weiteren Ausführungen wurden Fragen der Zeitungswerbung und der Berichterstattung behandelt. Gen. Treff-Halberstadt hatte mit dem Vorstand in einer Sitzung diese Fragen besprochen. Es wird erwartet, daß die Werbung für das Halberstädter Tageblatt von Erfolg gekrönt ist. Am Sonnabend soll eine Funktionärsitzung stattfinden.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.

Halberstadt. Alle Mitwirkenden zur Revolutionsfeier treffen sich ¾ Stunde vor dem Tanzen des Proletarischen Volkskunstkreises im Marie Hauptmannstift. Es darf keiner fehlen.

Thale. Am Donnerstag, 20 Uhr, findet im Heim (Wohlfahrtsgebäude) eine außerordentliche Generalversammlung statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt! Restloses Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Rückständige Beiträge bezahlen.

Arbeitsgemeinschaft „Harz" der S. A. J. Am Sonntag, dem 15. November, vormittags 10 Uhr, findet in Halberstadt eine Frühversammlung unserer Arbeitsgemeinschaft statt. Tagungslokal wird noch bekanntgegeben. Wichtige organisatorische Fragen stehen zur Debatte. U. a. hält der Genosse Gustav Weber-Halberstadt ein Referat über: „Die Spaltung in der Partei und Sozialistischen Jugend". Weiter muß über die Durchführung unserer Jahresmenzeiger gesprochen werden. Pflicht aller Gruppen ist es, mit ihren führenden Funktionären restlos an dieser Sitzung teilzunehmen.

Veranstaltungen

(Notizen ohne Verantwortung der Redaktion.)

Mitteilungen des Stadttheaters.

Das Kammerspielensemble des Kleinen Theaters mit Grete Reinwald spielt im Stadttheater Halberstadt ein pikantes Lustspiel. Die Preise der Plätze konnten so niedrig gehalten werden (0.50—3.30 RMk.), daß kein Theaterfreund sich die Gelegenheit entgehen lassen wird. Grete Reinwald und ihr Ensemble in dem Lustspiel „Liebe — unmodern" zu sehen. — Die nächste Wiederholung des „Dreimäderlhaus" ist am Freitag, 6. November. Sonntag, nachmittags 15 Uhr, letzte Aufführung der Lehar-Operette „Schön ist die Welt!" zu ermäßigten Preisen (0.45—3.00), abends, 19.15 Uhr, die Opern „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo" zu ermäßigten Preisen (0.65—4.20). Ende der Vorstellung 21.45 Uhr.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Kammer-Lichtspiele. Bis Montag: 1. „Ruhiges Heim mit Küchenbenutzung mit Fritz Schulz, Albert Paulsen, Lucie Englisch, Henry Bender, Ida Wüst, Curt Bois. 2. „Die Piraten des Gelben Flusses". 3. Wochenschau. Kulturfilm. Widmeeffirlm.

Capitol. Bis Montag: Die entzückende Wiener Tonfilm-Operette „Weiserparadies" mit Ernst Berebes, Betty Bird, Charlotte Susa, Greti Theimer, Jose Wedern, Sascha Spakall, Adele Sandrock, Paul Hörbiger. Dazu: Ein großes reichhaltiges Beiprogramm.

Der Erbschaftsstreit Fredersdorff.

(Nachdruck verboten.)

Welche Stellung nahm der Kämmerer Fredersdorff am Hofe Friedrichs des Großen ein?

Derselbe Fredersdorff, der den Kronprinzen in seiner Küstriner Zeit durch sein Flötenspiel erfreut und den Posten eines Kammerdiener versieht, erscheint während der Regierungszeit des jungen Königs als Geheimer Kämmerer und Tressorier. Um diesen Aufstieg zu verstehen, muß man das innere Verhältnis vom König zum Freunde und Helfer kennen. Dank ist das Grundmotiv des Herrschers gegen seine Untergebenen. Fredersdorff löste oft die bedrängte Lage durch praktischen Rat. Er verschaffte Geld, wo andere Quellen aussichtslos waren; er vermittelte Schreiben an die richtige Adresse, wenn unbedingte Verschwiegenheit verlangt wurde. Ein Franzose, der den Hof Friedrichs des Großen genau kannte, schilderte in seinem Briefe am treffendsten und objektivsten Fredersdorffs Amt:

„Er hat einen Kanzler der niemals spricht, einen Oberjägermeister der keine Wachtel zu töten wagen würde, einen Oberhofmeister der nichts anordnet, einen Oberschenk der nicht weiß ob Wein im Keller ist, einen Oberstallmeister der nicht befugt ist ein Pferd satteln zu lassen, einen Oberkammerherren der ihm noch nie das Hemd gereicht hat, einen Großmeister der Garderobe der nicht den Hofschneider kennt: Die Verrichtungen aller dieser großen Aemter werden von einem einzigen Mann Namens Fredersdorff versehen, der außerdem noch Kammerdiener ist, Kammerherr und Kabinettssekretär. Vielleicht könnte die Beurteilung übertrieben klingen. Das Studium der Briefschaften von bedeutenden Persönlichkeiten an den Kammerdiener Fredersdorff, wie er in jeder Geschichte kurz bezeichnet wird, zeigt aber, daß er doch seine nicht alltägliche Position bei Hofe vertrat. Selbst seine Stiefmutter, Freiin von Trachenberg, schreibt an ihren Adoptivsohn:

„Hochwohlgeborener Herr! Insriedens Höchstgeehrtester Herr Geheimer Kämmerer! Hochverehrtester Herr Sohn" In den Grundbuchakten von Jerikow ist stets von dem „Königlichen Preußischen Geheimen Cämmerer Herr Michael Gabriel von Fredersdorff" die Rede.

So könnten bestimmt hundert Beispiele angeführt werden, die alle den vollen Titel unseres Fredersdorff bringen und bezeugen, daß er bei seiner Umgebung seines wirklichen Standes wohl gewürdigt wurde.

Interessant ist das Ergebnis einer wirklich zeitraubenden Arbeit, nämlich der Durchsicht der Zeitungen zur Zeit Friedrichs des Großen. Die maßgebendsten dürften wohl die drei folgenden gewesen sein: Spenerische Zeitung, Königsbergsche (Hartungsche) Zeitung, Berlinische Privilegierte Zeitung. Von diesen Zeitungen sind die sämtlichen Nummern zwischen 1740 und 1760 einer genauen Durchsicht auf Nachrichten über Fredersdorff unterzogen worden. 136 Mitteilungen sind nur gefunden. Die Zahl der Seiten dieser sämtlichen Zeitungen beträgt ungefähr 50 000. Einige Beispiele zeigen, daß er bei Handlungen genannt wird, die von einem gewöhnlichen Kammerdiener bestimmt nicht ausgeführt worden wären.

Donnerstag den 28. Januar 1751.

„Auch ist von höchstgedachter St. Majestät, dem Herrn Steinpracht von Souborg, von Middelborg aus Seeland, so ohnlängst nach Holland zurückgereiset, eine sehr reich mit Diamanten geschmückte und dem Königl. Portrait gezierte kostbare Tabattiere durch dero Geheimen Kämmerer Herrn Fredersdorff, zum Präsent eingehändigt worden."

Sonnabend den 27. May 1752.

„Dieser Tage reisete der Königl. geh. Kämmerer Herr Fredersdorff auf etliche Monate nach Aachen und Spaa, um sich der dortigen Brunnen und Bäder, zu völliger Gesundheit, zu bedienen."

Dienstag den 12. September 1752.

„Am Sonntag langte der Königl. geheime Kämmerer Herr Fredersdorff wiederum aus dem Aachener Bade zu Potsdam an."

Sonnabend den 9. April 1757.

„Sr. Majestät, der König haben dem Geheimen Kämmerer Herrn von Fredersdorff wegen desen anhaltenden Unpäßlichkeiten und in Betracht derer von demselben geleisteten vieljährigen getreuen Dienste, die wiederholt angesuchte Entlassung derselben in Gnaden bewilligt, auch huldvollst geruhrt, demselben die bisher genossenen Pensionen auf Zeitlebens herzubehalten."

In der Spennerschen Zeitung haben besonders folgende Mitteilungen für die Forschungsgeschichte Wert:

Dienstag den 12. Juli 1740.

„. . . Eben deswegen haben auch Sr. Majestät den Frei-Mauerer dero höchsten Schutz erteilet. Wir können unseren Lesern einige hiesige Mitglieder dieser Gesellschaft bekannt machen, welche sich durch ihren Stand und durch ihre Verdienste sehr unterscheiden. Hierzu gehören der Graf von Wartensleben, der Graf Truchseß von Waldburg, der Herr Quesito, der Herr von Kayseling, der Herr von Knobelsdof, Herr Jordan, der Herr von Müllendorff, Sr. Königl. Majestät Page und Kapitän und Herr Fredersdorff."

Dienstag den 4. Oktober 1740.

„Ihre Königl. Majestät haben ferner dero ersten Kammerdiener, den Herrn Fredersdorff zu dero ersten Cämmere und Obe-Tressorier allergnädigst ernannt."

Selbst nach dem Tode des Kämmerers interessierte sich die Oeffentlichkeit für den Verkauf seiner Hinterlassenschaften. Obwohl Frau Fredersdorff, wen es seiner Zeit eine solche gegeben hätte, den Verkauf zugelassen haben würde, wo doch an diesen Gegenständen persönliche Erinnerungen hafteten und oft der König eng verknüpft war. Spätere Artikel werden darüber interessante Aufschlüsse geben. Zum Schluß die Bekanntmachungen nach dem Tode des Kämmerers:

Donnerstag den 22. November 1759.

„Den 3. des künftigen Monats Dezember und folgende Tage, des Nachmittags um 2 Uhr, sollen auf der Jägerbrücke in dem Fredersdorffschen Erben Hause des verstorbenen Königl. Geheimen Cämmerers Herrn Fredersdorff nachgelassene Effekten, bestehend in Silber, Kupfer, Messing, Zinn, Porzellan, Tableaux, Gewehre, reiche Kleider, Canoden, Spinden, Tische, Stühle und anderes Hausgeräthe, musikalische Instrumente und eine Quantität Caffeebohnen öffentlich verauctioniert werden."

Donnerstag den 6. November 1759.

„Heute, als den 6. dieses Monats, wird in der Fredersdorffschen Auktion zwei Lust-Canonen, und das Porzellan vorgenommen werden."

Sonnabend den 22. Dezember 1759.

„Heute, als den 22. Dezember, kommen in der Fredersdorffschen Auktion das Hausgeräthe, als Commoden, Stühle, Canapees und Tische vor."

Die Durchforschung der Zeitschriften und Zeitungen kann natürlich nie Material zu Tage fördern, das in einer Erbschaftssache als ausschlaggebender Beweis vor unseren Gerichten bewertet wird. Vielleicht ist in der ersten Zeit manch Forscher mit der Hoffnung an die Arbeit herangetreten, aus den nackten und zusammenhanglosen Mitteilungen eines damaligen Berichterstatters, neue Wege für ein Vorwärtskommen zu finden. Diese Hoffnungen sind aber enttäuscht worden. Demnach verbergen alle diese Berichte für den gesamten Komplex der Erbschaftsstreitsgkeit einen unverkennbaren Wert. Sie zeigen uns die äußerlichen Grundlagen dafür, daß es dem Fredersdorff möglich war, einen unvergleichlichen Reichtum zu erringen, der nie in einem Verhältnis zu einem einfachen Kammerdiener gestanden hätte. Fredersdorffs Besitz und Erbe sind der Grund der Fälschungen und des begangenen Giftmordes an seiner Person. Wer also die geheimnisvolle Materie um den geheimen Kämmerer und Tressorier Michael Gabriel von Fredersdorff kennen und verstehen lernen will, muß wissen, welche wirkliche Stellung er am Hofe des Königs innegehabt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung! Haben Sie Schmerzen in Achtung!

Fuss und Wade, Senk-Plattfuss Frostballen und Hühneraugen?

Ihr Schmerz ist sofort behoben, wenn Sie **Kleines Bandagen** tragen. Die Vorführung findet am **Freitag, den 6. November 1931,** von 10—18 Uhr in **unserem Geschäftslokal** durch den Erfinder **B. Kleine, Leipzig,** statt.

Kein Kaufzwang. Vorführung kostenlos.

Blaettermann & Co. Breiteweg Nr. 15.

Soziologische und schulpolitische Grundfragen der weltlichen Schule.

Nach Vorträgen von Prof. Max Adler und Dr. Kurt Löwenstein.

Preis nur 30 Pfg.

Buchhandlung **Halberstädter Tageblatt.**

Hoheweg 44

Heute Donnerstag-Abend **frische Berliner Rot- und Leberwürstchen** à Pfd. 60 Pfg.

Ferchland & Becker

Osterwieck.

Verkauf von abständigen Bäumen.

Am Sonnabend, den 7. November 1931, 14 Uhr (nachmittags 2 Uhr), sollen an der Straße nach Deersheim

20 abständige Bäume

(Aepfel und Birnen) öffentlich meistbietend verkauft werden. Die Bäume sind von den Käufern nach Anweisung selbst fortzunehmen. Weitere Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

Osterwieck a. H., den 2. November 1931.

Der Magistrat. Hartmann.

Wernigerode

An die Stadthauptkasse,

Rathaus, Zimmer 5, sind zu zahlen:

a) bis 10. November

Biersteuer und Getränkesteuer für Oktober.

b) bis 16. November

1. Grundvermögens- und Hauszinssteuer für November,
2. Rückständige Gewerbeertragsteuer für April—September sowie die Gewerbeertragsteuer für Oktober, November und Dezember (Gewerbeertragsteuerzettel werden zurzeit zugestellt),
3. Gewerbelohnsummensteuer für Oktober unter gleichzeitiger Abgabe der Lohnsummensteuererklärung für Oktober,
4. Hundesteuer für Oktober, November und Dezember,
5. Müllabfuhrgebühr für Oktober, November und Dezember,
6. Kanalbeitrag und Kanalgebühr für Oktober, November und Dezember.

Bei verspäteter Zahlung sind Verzugszuschläge bzw. Verzugszinsen zu entrichten; im Falle der Mahnung und Zwangsvollstreckung entstehen weitere Kosten.

Formulare zu Lohnsummensteuererklärungen sind im Stadtsteueramt (Zimmer 6 des Rathauses) erhältlich.

Wernigerode, den 1. November 1931.

Der Magistrat (Steueramt)

Thale.

Bekanntmachung.

In einer der nächsten Nächte wird die hiesige Feuerwehr zu einer Uebung alarmiert werden, wovon wir die Einwohner in Kenntnis setzen.

Thale a. H., den 3. November 1931.

Der 1. Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

August.

Billig!

Täglich blutfrische **Seefische** in Auswahl

ff. **Fischfilet** v. Goldbarsch das Pfund **35—50** Pfg.

Prima grüne Heringe (mittel) das Pfd. nur **20** Pf.

Richter's Fischzentrale Hoheweg 4. Eingang Dominikanerstraße.

Hamburger Fischhalle Martiniplan 33 Tel. 2172

Täglich **frische Seefische**

ff. Räucherwaren, lebende Karpfen, Pfd. 1 Mk. Schleie und Aale.

Billig!

Täglich blutfrisch **Prima grüne Heringe** (mittelgroß)

Pfd. **20,** 3 Pfd. 55 Pfg.

Seefische in Auswahl Pfd. **30—35** Pfg.

Sundermanns Fischhalle Hoheweg 25 Telefon 2422

Thale a. Harz

Verkaufe von Freitag früh und Sonnabend bestimmt den ganzen Tag frisches junges Rindfleisch,

Kochfleisch . Pfd. 0.70 Mk.
Schmorfleisch Pfd. 0.80 Mk.
Gehacktes und Gulasch Pfd. 0.80 Mk.
Rouladen . Pfd. 1.00 Mk.

Fleischermeister Albert Riegeler, Roßtrappenstraße 10/11.

Wir bringen eine Auswahl gutgepflegter **alter Obstweine** das Beste, was es gibt:

Johannisbeerwein, rot . das Liter Mk. 0.75
Stachelbeerwein . . . das Liter Mk. 0.75
Kirschwein . . . . . das Liter Mk. 0.85
Johannisbeerwein, schwarz das Liter Mk. 1.00

Auf diese Preise 5% Rabatt! Kostproben gratis!

Weinhandlung H. A. Lessmann, Westendorf 46. HALBERSTADT. Fernruf 1367.

Billig wie noch nie — kaufen Sie bei mir nur moderne

Tapeten

Rolle von **20 Pf.** an. **Reste** zum Selbstkostenpreis. Der weiteste Weg lohnt sich!

Willi Behrens Hoheweg 47

Da ich der Vereinigung Thalenser Kohlenhändler nicht angehöre und durch Anschaffung einer Zugmaschine

Briketts und Grudekoks

auf dem Landwege direckt von der Grube Nachterstedt beziehe, bin ich in der Lage, meine Verkaufspreise wie folgt festzusetzen:

Nachterstedter Briketts:

frei vors Haus . . . . . pro Ztr. **1.10**
ab Lager . . . . . pro Ztr. **1.15**
frei Keller . . . . . pro Ztr. **1.20**
ia gutbrennenden Grudekoks pro Ztr. **1.50**

Für gewerbliche Betriebe Sonderrabatt. Für reelles Gewicht und reelle Bedienung wird garantiert.

Paul Keltner Kohlenhandlung Fernruf 494.

Nur 8.00 Mk. kosten meine billigen **100 Volt-Anoden-Batterien** der Firma Pertrix, N. E. W. u. a. Versuchen Sie diese von

Heinr. Schmidt

Schenkt Bücher!

Gut sortiertes Lager in Büchern aller Art: **Bilder-, Märchen-, Jugend-Bücher, gute Romane, wissenschaftliche u. Parteiliteratur**

Volksbuchhandlung, Burgstr. 30.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 259 — Donnerstag, den 5. November 1931 — 6. Jahrgang

Die Arbeiter-Wohlfahrt für die Notleidenden.

Für die jugendlichen Erwerbslosen! — Für Beibehaltung der gehobenen Fürsorge.

Der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt hatte seine Helferinnen und Helfer am Sonntag nach Magdeburg zu einer bedeutsamen Tagung geladen. Der überaus zahlreiche Besuch der Konferenz aus den Ortsausschüssen bewies, daß man überall seitens der Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt den festen Willen hat, nach Kräften an der Linderung der Notstände bei den von der Wohlfahrtspflege zu betreuenden Schichten der Bevölkerung tatkräftig mitzuhelfen. Die Bezirksvorsitzende, die Genossin Marie Arning, stellte in ihrer Begrüßungsansprache fest, daß sich die Arbeiterwohlfahrt stets bemüht hat, auch die amtliche Wohlfahrtspflege zu fördern und im kommunalen Wohlfahrtswesen eifrig mitzuarbeiten.

Oberbürgermeister Reuter (Magdeburg) bestätigte das vorbildliche Wirken der Arbeiterwohlfahrt und ihre gute Unterstützung der öffentlichen Fürsorge. Das Rückgrad der Wohlfahrtspflege bleibt aber die öffentliche Verwaltung, nicht die private Liebestätigkeit. Bei aller Kritik an den Wohlfahrtsmaßnahmen darf das Verständnis für die Schwierigkeiten der Gemeinden nicht fehlen. Den guten Willen, zu helfen, kann man den Gemeinden nicht absprechen.

Der Vertreter des Landeshauptmanns, Landesrat Bauerschmidt, bedauerte, daß gerade in der größten Notzeit die öffentliche Wohlfahrtspflege sich der Tatsache gegenübersieht, daß die Mittel fehlen, um die guten, mit Liebe aufgebauten Wohlfahrtseinrichtungen, so wie es sein müßte, zu erhalten. Durch engstes Zusammenarbeiten zwischen freier und amtlicher Wohlfahrtspflege muß versucht werden, davon zu erhalten, was noch möglich ist.

Übt Solidarität! Laßt keinen umkommen!

Diese beiden Leitsätze, so sagte Regierungspräsident Weber, muß sich jeder stets vor Augen halten. Nach ihnen handelt die Arbeiterwohlfahrt, die in ihrem Bestreben, die Not zu lindern, die größten Anstrengungen bisher gemacht hat und sie noch verstärken wird, um mitzuhelfen, daß die Notleidenden diesen Winter überstehen. Seitens der Gemeinden würde man viel mehr dazu tun, wen man es finanziell könnte. Doch eins sei gesagt: die Aufsichtsbehörden sind nicht nur dazu da, die Gemeinden zur sparsamsten Gestaltung ihrer Etats anzuhalten, sondern sie sind auch dazu da, die Notleidenden zu beschützen. Es kann nicht so gehen, daß man die an sich notwendigen Sparmaßnahmen so weit treibt, daß die Unterstützung aus öffentlicher Hand unter das Lebensnotwendige gleitet. Tritt das ein, dann muß auch die Aufsichtsbehörde eingreifen. Man kann selbst bei größter Sparsamkeit noch sozial notwendige und gerechte Maßnahmen treffen.

Ministerpräsident Deist (Dessau) ward um das Vertrauen zu den amtlichen Stellen. Für die Sozialdemokratische Partei wünschte der Bezirksvorsitzende, Genosse Ferl, dem Wirken der Arbeiterwohlfahrt in diesem Notwinter den besten Erfolg. Die Unterstützung der Partei ist der Arbeiterwohlfahrt sicher, denn die Partei ist ja die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, ist die Basis, auf der sie erst wirken kann, und ist besonders jetzt ihr Schutz und ihr Motor zugleich im Kampf für die Notleidenden. Der Begriff Solidarität muß in die Tat umgesetzt werden. Durch Zusammenfassung aller Kräfte müssen wir das Schlimmste verhüten, den Zusammenbruch, den die politische und soziale Reaktion will, der dem notleidenden Volke aber keine Besserung, sondern neue, unerhörte Lasten bringen würde. Wir müssen uns alle bewußt sein,

daß wir jetzt in der Verteidigung sind.

Wenn wir den Ansturm der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung und Sozialfürsorge abgeschlagen haben, dann werden wir wieder vorwärtsstürmen und jene sozialen Errungenschaften, die dem Volke entrissen wurden, wieder zurückerobern.

Die Landtagsabgeordnete Genossin Wachenheim (Berlin) dankte allen Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt für den Eifer und die Pflichttreue, mit der im Bezirk Magdeburg-Anhalt vorbildliche Arbeit im Dienste der Arbeiterwohlfahrt getan ist. Sozialdemokratie und Arbeiterwohlfahrt in Deutschland können stolz sein auf das, was sie an sozialen Aufgaben schon gelöst haben. Milliarden sind durch diese Organisationen für die Arbeiterschaft aus öffentlichen Kassen und aus Mitteln der Wirtschaft zur Verbesserung der sozialen Lage herausgeholt. An diese ungeheuren Leistungen wollen so viel nicht erinnert werden, die jetzt nur den Abbau in der sozialen Versorgung und Fürsorge sehen, den die Sozialdemokratie zwar verlangsamen, aber nicht verhindern konnte, weil die Wähler ihr nicht genügend Macht gegeben haben. Den Stellen, die leider gezwungen sind, diese unpopulären Verschlechterungen im Wohlfahrtswesen durchzuführen, macht man zu Unrecht einen Vorwurf. Die Gemeinden sind nicht verantwortlich zu machen, sondern das Reich, das die Lasten der Wohlfahrtspflege den Kommunen aufbürdet hat, ihnen aber nur unzulängliche Mittel zur Linderung der Gemeindenot zuweist und die Zuschüsse auch noch ungerecht verteilt. Es hat darum auch nur Sinn, unsre Forderung um Hilfe an das Reich zu richten. Solange diese Hilfe noch nicht gegeben wird, muß man in den Kommunen prüfen, wo noch zu sparen ist, ohne daß es die Notleidenden zu hart trifft, und es muß auch festgelegt werden,

woran nicht mehr gespart werden darf.

Wir sind einverstanden mit der Nachprüfung, ob durch Verbesserung der Organisation in der öffentlichen Fürsorge Einsparungen möglich sind, ob in der Gesundheitsfürsorge Staats- und Kommunalverwaltung zusammengelegt werden können, ob die staatliche Jugendpflege den Gemeinden übertragen werden und eine Zusammenlegung von Jugendwohlfahrtsamt und Gesundheitsamt erfolgen kann.

Mit allen Kräften müssen wir aber den Angriff auf die soziale Gesetzgebung, auf alle Zweige der Sozialversicherung, insbesondere auf die Arbeitslosenversicherung, abwehren. Für nicht erfolgreich halten wir es auch, wenn man das Erstattungswesen in der Fürsorge weiterausbaut, wodurch Unterstützte oder ihre Angehörigen noch schärfer als bisher zu Rückerstattungen gezahlter Unterstützungen gezwungen werden sollen. Ebenso verfehlt wäre auch ein Abbau der Fürsorgerinnen und eine Einschränkung der vorbeugenden Fürsorge.

Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Leistungen für die Wohlfahrtserwerbslosen auch weiterhin erfüllt werden können.

Große Erbitterung hat die Herabsetzung der Richtsätze hervorgerufen. Diese Maßnahme war hart, konnte aber leider bei den politischen Kräfteverhältnissen nicht verhindert werden. Gegen eine schematische Senkung der Unterstützungsrichtsätze aber können wir uns noch wehren, denn wir verlangen ja nicht schematische Unterstützung, sondern individuelle Fürsorge, damit in denjenigen Familien, wo die größte Not ist, auch am stärksten geholfen werden kann. Trotz aller bedauerlichen Einschränkungen bleibt es doch noch eine große Leistung, daß eine regelmäßige Unterstützungszahlung an die Fürsorgeberechtigten bisher möglich gewesen ist.

„Wie helfen wir den jugendlichen Erwerbslosen?"

Ueber diese wichtige Frage sprach Genosse Maaß (Berlin), der Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände. Mit allem Ernst wies der Redner auf die großen Gefahren hin, die nicht nur für die Jugend, sondern auch für den Staat entstehen müssen, wenn man dieses Problem nicht schleunigst und restlos zu lösen vermag. Wir sehen ein, daß dabei manche Stellen helfen wollen, aber nicht helfen können, es gibt aber auch Stellen, die helfen könnten, aber nicht helfen wollen.

Man darf sich in verantwortungsvollen Kreisen nicht der Stimmung hingeben: es ist ja doch nicht viel zu machen, man muß retten, was zu retten ist. Nicht auf die Erhaltung, sondern auf die Umbildung muß unser Ziel gerichtet sein. Wir verlangen, daß der Volksnot mit ganz andern Maßnahmen als bisher begegnet wird. Wir sollten

nicht immer über die Not sprechen,

sondern über die Möglichkeiten der Hilfe, und zu Taten für die erwerbslose Jugend ist es die höchste Zeit, denn Lebensentäuschung und Lebensverzweiflung frißt an ihrer Seele. Es ist Pflicht des Staates, der Verzweiflungsstimmung „schlimmer als es jetzt ist, kann es nicht werden", entgegenzutreten. Diese Bereitschaft der Jugend für eine Katastrophenpolitik, können wir nicht ruhig mit ansehen. Wir müssen die Jugend herausziehen aus dem Zerstörungswillen, der von radikalen Parteien und Verbänden noch gestärkt wird.

Die Lage der erwerbslosen Jugend hat sich in seelischer und physischer Art katastrophal verschlechtert. Von den 650 000 erwerbslosen Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren sind nur 165 000 Hauptunterstützungsempfänger, und davon sind 80 Prozent über 18 Jahre. Die Erwerbslosigkeit trifft also besonders diejenigen, die ausgelernt haben und nun nicht mehr in ihrem erlernten Beruf weiterarbeiten können. Aber auch bei den Mädchen ist verkappte Arbeitslosigkeit vorhanden, und zwar gerade in den ländlichen Bezirken, denn viele werden im Elternhaus zurückgehalten, weil sie nicht mehr in den Erwerbsprozeß eingereiht werden können.

Scharfe Kritik müssen wir daran üben, daß man durch Notverordnung den Unterstützungsanspruch für Jugendliche abbaute, so daß die Hauptmasse der erwerbslosen Jugendlichen von Unterstützungen ausgeschlossen bleibt.

Will man die Gefahr nicht sehen,

die darin liegt, daß die Jugend ohne großzügige Hilfe des Reiches bleibt? Man bescherte ihr nur den freiwilligen Arbeitsdienst, der die erhofte Wirkung nicht erzielen kann, aber dem Unternehmer die Möglichkeit gibt, Jugendliche für seine wirtschaftlichen Zwecke auszunutzen. Müssen erst noch mehr Lebensmittelplünderungsumzüge von Jugendlichen die Regierung zu durchgreifenden Maßnahmen für die Jugend drängen? Es geht auch nicht an, daß sich vier amtliche Stellen um den erwerbslosen Jugendlichen streiten. Eine Zusammenfassung der Hilfe ist gerade bei der Knappheit der Mittel selbstverständlich. Auch die berufliche Fortbildung wird dringend, weil viel Jugendliche wegen Zusammenbruchs des Lehrbetriebs ihre Lehre nicht beenden können. Die Jugendlichen dürfen nicht dazu benutzt werden, um die Arbeitslosigkeit der älteren Arbeiter noch zu vermehren. Der freiwillige Arbeitsdienst zerrüttet die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsmöglichkeiten der Arbeiter, hilft aber der großen Masse der Jugendlichen nicht.

Arbeitsbeschaffung ist die Hauptsache

für alle. Es sind große Schwierigkeiten zu überwinden, aber es muß gelingen, der Verfackungspolitik erfolgreich entgegenzuarbeiten. Wir Sozialisten, die allen Menschen helfen wollen, dürfen nicht dulden, daß die Jugendlichen verkommen.

Hört ihr Herren, laßt euch sagen . . .

Die Gemeindedienerin des Dorfes Chertsey in Südengland gibt die Wahlergebnisse bekannt.

In dem Landort Chertsey (Surrey, England) übt den Beruf des Gemeindedieners eine Frau aus, die ihr wichtiges Amt von ihrem im Kriege gefallenen Gatten übernommen hatte und es seitdem zur vollen Zufriedenheit der Dorfbewohner versieht.

Der Bauch von Paris.

Roman von Emile Zola.

6. Fortsetzung.

Florent war allein. Zuerst war er froh ob dieser Einsamkeit. Seitdem Frau Francois ihn in der Neuilly-Allee aufgelesen, befand er sich wie in einem Traume, einem Leide, das ihm jede klare Vorstellung der Dinge unmöglich machte. Er war endlich frei; er wollte sich aufrichten, diesen unerträglichen Traum von ungeheuren Nahrungsmitteln abschütteln, von dem er sich verfolgt fühlte. Allein sein Kopf war hohl; er konnte in seinem Innern nichts anderes als eine dumpfe Furcht entdecken. Es ward immer heller; man konnte ihn jetzt sehen, und er betrachtete sein Beinkleid und seinen Rock, die in einem kläglichen Zustande waren. Er knöpfte den Rock zu, staubte das Beinkleid ab, suchte sein Aeußeres ein wenig in Ordnung zu bringen, weil er glaubte, daß diese erbärmlichen Lumpen ganz laut verkündeten, woher er komme. Er saß mitten auf der Bank neben armen Teufeln, Nachtschwärmern, die hier den Sonnenaufgang erwarteten. Die Hallen bieten den Vagabunden gastliche Unterkunft für die Nacht. Zwei Polizisten gingen, noch in ihrer Nachtausrüstung, mit Kapuze und Käppi nebeneinander mit den Händen auf den Rücken auf und ab; jedesmal wenn sie bei der Bank vorüber kamen, warfen sie einen Blick auf das Wild, das sie da witterten. Florent bildete sich ein, daß sie ihn erkannten und sich berieten, ihn festzunehmen. Da bekam er Angst, und es überkam ihn ein tolles Verlangen zu fliehen. Aber er wagte es nicht; er wußte nicht, wie er von dannen gehen solle. Die regelmäßigen Blicke der Polizisten, dieses langsame und kalte Prüfen war ihm eine Qual. Endlich verließ er die Bank; er mußte sich Gewalt antun, um nicht zu laufen, was seine Beine ihn tragen konnten, und entfernte sich mit langsamen Schritten, die Schulten einziehend, aus Furcht, die schweren Hände der Polizisten an seinem Kragen zu fühlen.

Er hatte nur mehr einen Gedanken, ein Bedürfnis: sich von den Hallen zu entfernen. Er wird noch warten und später suchen, wenn der Platz frei ist. Die bei der Wegkreuzung zusammenlaufenden drei Straßen, die Montmartre-Straße, die Montorgueil-Straße und die Turbigo-Straße beunruhigten ihn; sie waren mit Fuhrwerken jeder Gattung angefüllt und Gemüse bedeckten die Fußwege. Er ging also geradeaus, bis zur Pierre-Lescot-Straße, wo er auf den Kressen- und Kartoffelmarkt stieß und nicht weiter konnte. Da zog er vor, durch die Rambuteau-Straße zu gehen. Doch hier geriet er in ein solches Wirrsal von Möbelwagen, Karren und Fuhrwerken, daß er kehrtmachte, um in die St. Denis-Straße einzubiegen. Hier befand er sich wieder mitten in den Gemüsen. An beiden Rändern der Straßen hatten die Markthändler ihre Verkaufsstände — auf hohen Körben quer liegende Bretter — aufgeschlagen und die endlose Flut von Kohl, Möhren und Rüben begann von neuem. Die Hallen überquollen von ihrem Reichtum. Er suchte diesem Meer zu entkommen, das auf seiner Flucht ihn erreichte; er versuchte es mit der Cossonnerie-Straße, Hirtenstraße, mit dem Innocenzplatz, mit der Eisenstraße und mit der Hallenstraße. Endlich blieb er entmutigt und erschreckt stehen; er vermöchte diesem höllischen Wirbel der Kräuter nicht zu entrinnen, die ihn umschwirrten und mit ihren dünnen grünen Fäden ihm die Beine fesselten. In der Ferne verlor sich bis zur Rivoli-Straße, bis zum Rathausplatz, die endlose Reihe der Räder und Pferde in dem Durcheinander der aufgeladenen Waren; große Möbelwagen führten den Einkauf der Obsthändler eines ganzen Stadtviertels hinweg; Fuhrwerke, deren Seiten unter der schweren Last schier barsten, fuhren nach den Vorstädten ab. In der Pont-Neuf-Straße verirrte er sich völlig; er war mitten in ein Gewühl von Handkarren geraten; die Grünkramhändler putzten da ihr rollendes Warenlager auf. Unter ihnen erkannte er Lacaille, der einen Karren voll Möhren und Blumenkohl durch die Honoriusstraße fuhr. Er folgte ihm in der Hoffnung, daß er ihm behilflich sein werde, aus dem Gewühl herauszukommen. Das Straßenflaster war feucht geworden, obgleich trockenes Wetter war; Artischockenstengel, Krautblätter, Pflanzenabfälle allerart bedeckten den Boden und gefährdeten die Sicherheit der Fußgänger. Er strauchelte bei jedem Schritte. In der Vauvillers-Straße verlor er Lacaille. Auf der Seite der Getreidehalle waren die Eingänge der Straßen ebenfalls mit Wagen und Karren verlegt. Er versuchte nicht mehr zu kämpfen; die Hallen hatten ihn wieder, die Flut trug ihn zurück, er befand sich wieder auf dem Sankt-Eustach-Platze.

Er vernahm jetzt das anhaltende Getöse, das aus den Hallen kam. Paris kaute die Bissen für seine zwei Millionen Einwohner. Es war gleichsam ein großes Zentralorgan, das aus voller Kraft arbeitete und das Blut, den Lebenssaft, in alle Adern sandte; das Geräusch ungeheurer Kinnladen, der Lärm, den die Verpflegung der Riesenstadt verursachte, angefangen von dem Peitschenknallen der Großverkäufer, die nach den Märkten der verschiedenen Stadtviertel aufbrachen, bis zu dem Pantoffelschlürfen der armen Weiber, die mit ihren Handkörben von Tür zu Tür wandern, um einige Salatköpfe zu verkaufen.

Er betrat einen gedeckten Gang links in der Gruppe der vier Pavillons, deren große, stille Schatten er in der Nacht gesehen hatte. Er gedachte sich hierher zu flüchten, hier einen Schlupfwinkel zu finden. Allein um diese Stunde waren auch diese Pavillons erwacht wie die anderen. Er schritt bis ans Ende des Ganges. Lastwagen fuhren im Trab herein und füllten den Geflügelmarkt mit Käfigen voll lebenden Geflügels und viereckigen Körben, in denen geschlachtetes Geflügel hoch aufgeschichtet lag. Auf dem entgegengesetzten Fußwege luden andere Fuhrwerke ganze Kälber ab, die, in Tücher eingehüllt, der ganzen Länge nach — wie Kinder — in Körben lagen, aus denen nur die blutigen Fußstümpfe herausragten. Es gab auch ganze Hammel, Ochsenviertel, Keulen und Schulterstücke. Die mit großen weißen Schürzen versehenen Metzger versahen das Fleisch mit einem Stempel, ließen es auf Handkarren herbeiführen, wogen es und hängten es auf den Querbalken des Ausrufeplatzes aus, während Florent, das Gesicht an die Eisenstäbe der Gittertür gedrückt, diese Reihen toter Tiere betrachtete, diese blutigen Ochsen und Hammel, die blässeren Kälber, die mit geöffnetem Bauche dahingen und an denen das Fett und die Sehnen gelbe Flecke bildeten. Er ging dann zu dem Kaldaunenmarkte, wo es blasse Kalbsköpfe und Kalbsfüße gab, säuberlich zusammengerollte Kaldaunen in Büchsen, auf platten Körben ausgelegte Gehirne, blutige Lebern, violettfarbene Nieren. Er verweilte bei den langen, zweiräderigen, mit runden Decken verhüllten Karren, die halbe Schweine, auf einer Strohschichte gelagert, zu beiden Seiten an die Wagenleiter gehängt, herbeiführten; und auf dem Strohlager standen Büchsen von Weißblech von Schweineblut. Da ward Florent von einer dumpfen Wut erfaßt; der fade Geruch des Fleisches, der scharfe Geruch der Kaldaunen erbitterte ihn. Er verließ den gedeckten Gang und zog es vor, noch einmal zum Fußweg der Pont-Neuf-Straße zurückzukehren.

Er war bis zum Aeußersten erschöpft; es fror ihn in der Kühle des Morgens, seine Zähne klapperten und er fürchtete hinzufallen und am Boden liegen zu bleiben. Er suchte vergebens ein leeres Plätzchen auf einer Bank; er würde da geschlafen haben auf die Gefahr hin, von den Polizisten geweckt zu werden. Als ihm schwarz vor den Augen wurde, lehnte er sich an einen Baum; die Augen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0009

In eingehender Weise wurden dann nach einem Referat der Genossin Lemke (Berlin), der Geschäftsführerin des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt,

Probleme der praktischen Arbeit

erörtert. Aus der Fülle der Vorschläge und Anregungen können wir nur Stichworte wiedergeben. Es wurden erörtert die Vorzüge und Nachteile der Massenspeisung u. der Lebensmittelunterstützung durch Naturallieferungen der Bezirksfürsorgeverbände. Verschiedene, kurzsichtige Sparmaßnahmen wurden kritisiert. Betont wurde, daß man erst materielle Grundlagen schaffen müsse, wenn man deutsche Kulturgüter an die erwerbslosen Jugendlichen heranbringen will. Warmes Frühstück und warme Räume lassen sich bei gutem Willen überall bereitstellen. Bei der Betreuung der Jugendlichen muß man ihnen Verantwortung übertragen, ihnen Aufgaben zuweisen und den Trieb der Selbstgestaltung und Selbstverwaltung wecken. Sie dürfen sich nicht mehr überflüssig fühlen. Möglichst viele junge Menschen müssen

regelmäßig zu einfachen Veranstaltungen zusammengefaßt

werden. Nicht durch freie Vereinbarung, sondern durch Gesetz muß für die Erhaltung des Arbeits- und Berufswillens der Jugendlichen gesorgt werden. Das kann geschehen durch Verpflichtung des Lehrherrn, die ausgelernten Jugendlichen mindestens 6 Monate weiterzubeschäftigen, denn der Jugendliche war ja dem Meister lange Zeit eine billige Arbeitskraft. Die Arbeiter-Sportorganisationen sollen ihre Einrichtungen für die erwerbslosen Jugendlichen zur Verfügung stellen, und die Arbeiterwohlfahrt soll, wo es möglich ist, zur Verpflegung der Jugendlichen beitragen.

Gesprochen wurde auch über die vielseitige Arbeit der Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt, über die Krankenhilfe und Hauspflege, über eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt mit dem Arbeiter-Samariterbund, ferner über Nähstubenarbeit, über die Zusammenarbeit mit anderen Wohlfahrtsorganisationen in der amtlichen Winterhilfe sowie über eigene Hilfsmaßnahmen der Arbeiterwohlfahrt: über die Arbeiterwohlfahrtslotterie und den Vertrieb der Arbeiter-Wohlfahrtsmarken, und endlich über die Schulungsarbeit an den Helfern und Helferinnen.

In der Aussprache wurde vor allem auch

die Senkung der Richtsätze kritisiert

und von den Genossinnen aus der Praxis heraus das unerhörte Unrecht geschildert, das durch kleinliche Schikke einzelner Bezirksfürsorgeverbände zur Verbitterung in den Reihen der Sozialhilfsbedürftigen führt. Unsere Aufgabe muß es sein, die Unterstützungsempfänger vor mißbräuchlicher Behandlung zu schützen.

Die Frage, ob man sich vom fürsorgerischen Standpunkt aus mit einer Einschränkung der gehobenen Fürsorge einverstanden erklären könne, führte zu einer eingehenden Erörterung grundsätzlicher Art über die Notwendigkeit der Beibehaltung des Unterschieds zwischen allgemeiner und gehobener Fürsorge. Es kam mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß man eine Angleichung der Sätze der allgemeinen Fürsorge an die der gehobenen verlangt, und daß wir uns als Sozialdemokraten entschieden dagegen zur Wehr setzen müssen, daß die in der gehobenen Fürsorge betreuten Hilfsbedürftigen in die Armenfürsorge hinabgedrückt werden. Leistet man bei den reaktionären Bestrebungen auf Abbau in der gehobenen Fürsorge weniger Widerstand, so kann man auch dem Drucke nach Senkung der Sätze in der allgemeinen Fürsorge schwerer begegnen. Arbeiterwohlfahrt und Partei sind der Auffassung, daß

die gehobene Fürsorge bestehen bleiben muß.

Die Vertreter des Arbeiter-Sportkartells und des Arbeiter-Samariterbundes gaben den Willen ihrer Organisationen kund, aufs engste mit der Arbeiterwohlfahrt zur Bekämpfung der Notstände zusammenzuarbeiten. Die Genossin Lemke stellte in ihrem Schlußwort erfreut fest, daß in den Reihen der Helferinnen und Helfer der Arbeiterwohlfahrt kein Pessimismus zu finden ist, sondern der feste Wille zu verantwortungsvoller Mitarbeit im Dienste der notleidenden Volksgenossen. Möge es gelingen, alle Angriffe auf die Wohlfahrtspflege abzuwehren, um dann unsere Kraft ganz dem weiteren Ausbau der sozialen Republik widmen zu können.

Gewerkschaftliches

Die Aerzte nehmen das Abkommen mit den Krankenkassen an. Zur Stellungnahme und Abstimmung über die Grundsätze, die die Beziehungen zwischen den Kassenärzten und den Krankenkassen neu regeln sollen, hatte der Verband der Aerzte Deutschlands (Hartmannbund) am Sonntag, dem 1. November 1931, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Leipzig einberufen. Die Hauptversammlung stimmte schließlich den Grundsätzen zu, weil sie in dem Zustandekommen der Regelung einen Weg zu verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Aerztekschaft und Krankenkassen erblickt.

Mitteldeutsche Eisenbahner zum Lohnkampf.

Warnung an Reichsregierung und Reichsbahn.

Halle, 3. November.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hatte für den 1. November seine Geschäftsführer und Ortsgruppenleiter in Mitteldeutschland zu einer Tagung nach Halle a. d. S. zusammengerufen, um die Stellung dieses wichtigen Bezirks zum Lohnkonflikt mit der Reichsbahn erneut festzustellen.

Der Landtagsabgeordnete, Alex Möller, schilderte die Bemühungen des Einheitsverbandes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion um die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne im Reichsbahnbetriebe. Die Gewerkschaften anerkennen infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der seit Jahren drückenden politischen Lasten schwieriger gewordene Lage der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Sie müssen aber

jeden weiteren Lohnabbau ablehnen, weil die Eisenbahner schon seit langem Opfer gebracht haben, durch die die Grenze des Erträglichen bereits überschritten ist.

Die 58 000 Arbeiter der Ausbesserungswerke haben seit 1930 nicht weniger als 27 Prozent ihres Einkommens eingebüßt, 35 000 Eisenbahner aus den Betriebswerkstätten und den Güterabfertigungen sogar 34 Prozent, und selbst die 95 000 Bahnunterhaltungsarbeiter, die für ihre schwere und gefährliche Arbeit Wochenlöhne von 20 bis 25 Mark erhalten, haben Kürzungen von 12,6 Prozent erfahren. Während der Verhandlungen vor dem Schlichter mußten die Vertreter der Reichsbahn zugeben, daß bei weiteren Lohnreduzierungen die Eisenbahner nicht einmal in der Lage sind, die Mieten in bahneigenen Wohnungen aufzubringen.

Wenn die Reichsbahn-Gesellschaft Ersparnisse machen muß, so ist das bei der Realisierung der Vorschläge möglich, die der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands gemacht hat.

Die Beseitigung der sogenannten Leistungszulage bringt eine Einsparung von rund 16 Millionen Mark, Streichung bei Bahnschutz und Teno 6 Millionen Mark, Fortfall von Bau und Unterhaltung von 174 Sportplätzen und 72 Turnhallen der gelben Werk-Sportvereine 2¼ Millionen Mark, Beseitigung des Unterstützungsfonds für besonders beliebte Bedienstete 8 Millionen Mark. Der Generaldirektor Dorpmüller hat erklärt, alle Eisenbahner müßten zur Erhaltung des Unternehmens Opfer bringen.

Eine Senkung der hohen Gehälter der 280 leitenden Beamten würde eine Summe von zirka 2¼ Millionen Mark ersparen. Dabei würde das Gehalt eines Direktors nur von 45 000 auf 35 000 Mark gesenkt.

Auf diese Weise könnte eine Gesamtersparnis von 34,5 Millionen Mark erzielt werden. Das ist ungefähr dieselbe Summe, die die Reichsbahnverwaltung einsparen will durch eine Kürzung der kärglichen Arbeiterlöhne und eine weitere Drosselung der Kinderzulage.

Wenn jetzt die Reichsbahn in der bei ihr gewohnten Ueberheblichkeit sogar den Schiedsspruch abgelehnt hat, der nur die Lohnverhandlungen aussetzt, bis in den nächsten Tagen die Löhne der Reichs- und Reichspostarbeiter endgültig geregelt sind, dann zeugt das von einer solchen Verkennung der allgemeinen Lage und einer solchen Verständnislosigkeit gegenüber der durch größte Not entstandenen Verbitterung der Eisenbahner, daß nur zu hoffen bleibt, daß eine andere Einschätzung der Verhältnisse durch Reichsregierung und öffentliche Meinung die Grundlage sichert, auf der bei den neu beginnenden Lohnverhandlungen

ein Ergebnis erzielt wird, das nicht im Reichsbahnbetrieb eine Lawine ins Rollen bringt, deren Wirkungen unabsehbar sind.

Diesen mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen des Verbandsvertreters folgte eine ausgiebige Diskussion, die sehr eindeutig zeigte, daß bei den Eisenbahnern eine Verbitterung entstanden ist, wie sie seit 1919 noch nicht vorhanden war. Ein Vertreter der Reichsbahnbeamten gab die stark beachtete Erklärung ab, daß die im Beamtenverhältnis stehenden Bediensteten mit größter Sorge, aber mit vollster Sympathie für die Arbeiterschaft den Lohnkampf verfolgen. Die Reichsbahnbeamten seien sich völlig im klaren über die Wechselwirkungen der von den offiziellen Stellen betriebenen Lohn- und Gehaltspolitik.

Einstimmig nahm die Tagung eine Entschließung an, in der es heißt, daß die mitteldeutschen Eisenbahner sich auf alle Möglichkeiten eingestellt haben und für die Gewerkschaften jeder Lohnabzug, gleichviel, in welcher Form er auch erfolgen möge, untragbar und deshalb unannehmbar ist. Die bevollmächtigten Vertreter der Eisenbahner Mitteldeutschlands sprechen den Verhändlern ihr vollstes Vertrauen aus und verweisen nochmals eindringlichst auf die wirtschaftlichen und politischen Verwicklungen, die dann entstehen, wenn sich etwa die Lohnabbauforderungen der Reichsbahn-Gesellschaft bei den neuen Verhandlungen durchsetzen.

Oettinghaus aus dem DMV. ausgeschlossen.

Der zu den Kommunisten übergetretene ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Walter Oettinghaus, der zugleich Geschäftsführer des DMV. in Gevelsberg war, ist vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte wegen einer Reihe von Verstößen gegen das Verbandsstatut, wegen wiederholter Disziplinbrüche. Daneben soll der Ausschluß erfolgt sein wegen einer Reihe anderer unliebsamer Dinge, die er sich als Bevollmächtigter des DMV. in Gevelsberg zuschulden kommen ließ, die auf geschäftlichem Gebiet liegen.

Bücher und Schriften

„Mit Künstleraugen durch Braunschweig." Wir haben es längst uns abgewöhnt, bei der Beschäftigung von Sehenswürdigkeiten unserer prächtigen alten deutschen Städte in die Kulissen trockener Wissenschaftler zu treten, die so allerlei für beachtlich erklären, unser schönheitshungriges Herz aber mit ihren kunsthistorischen Ausstellungen so etwas wie mit Kälte anhauchen. Auch dieses vorliegende Buch „Mit Künstleraugen durch Braunschweig" geht seine eigenen Wege. Der Zeichner Gustav Müggenberg hat sich an die ortsüblichen Sehenswürdigkeiten nicht gekehrt. Er ist in alten Höfen herumgekrochen, hat Winkel aufgestöbert, in denen bedeutende Braunschweiger geboren wurden und in hartem Gegensatz dazu zeichnet er in klaren Strichen das neue Braunschweig der sachlichen Wohnbauten, der hochragenden Schornsteine, der Technischen Hochschule mit ihrem Freiluft-Versuchsfeld. Zu jedem Bild schrieb Dr. Hans Wiehe, der Leiter des städtischen Verkehrs- und Werbeamtes Braunschweig, einen verbindenden erläuternden Text. Das Buch, das den Malern wie den Schriftstellern Anregung gibt, auch einmal mit Künstleraugen dieses Braunschweig zu durchforschen, ist im Buchhandel für 1,25 Mark erhältlich. Der Reinertrag wird der Winterhilfe zugeführt.

Der widerlegte Dolchstoß.

Es ist kein Ende mit der von Böswilligkeit, von Unkenntnis gedankenlos und leichtfertig nachgeplapperten Dolchstoßlüge. In einer kleinen, von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgebrachten Schrift „Der Zusammenbruch"*), die nur 15 Pfg. kostet und mithin bestens für die Massenverbreitung geeignet ist, tritt Dr. Rolf Bathe sehr wirkungsvoll das wichtigste Dokumentenmaterial noch einmal zusammen, das den Dolchstoß dorthin befördert, wohin er gehört: auf den Schutthaufen der politischen Heimmärchen.

Im Spiegel des vom Reichsarchiv herausgegebenen militärwissenschaftlichen Standardwerkes „Schlachten des Weltkrieges" läßt Bathe die entscheidenden Kämpfe vorüberziehen: Loretto, Verdun, Somme, Flandern, Champagne . . . Hat die Hitlerjugend den Schimmer einer Ahnung davon, welch unsagbares und durchaus unromantisches Grauen mit diesen Worten verbunden ist? Aber es kommt dem Autor in diesem Zusammenhang weniger darauf an, alles Einzelne auszuschöpfen: er will zeigen und zeigt: An der Niederlage hat nicht das Volk schuld, der Weltkrieg ist militärisch verloren worden . . . es gibt 1918 nicht mehr weiter.

Die Beweisführung ist zwingend. Der 9. November war nicht die Ursache, er war die Wirkung der, teils auf die Unfähigkeit der Leitung, teils auf die materielle Unterlegenheit des Heeres zurückzuführenden Katastrophe auf den Schlachtfeldern. Das noch einmal festgenagelt zu haben und zwar an Hand authentischen und tendenzlosen Materials, das ist das Verdienst der kleinen Batheschen Schrift. Mit ihr im Kopf kann man mit jedem Nazi in die Diskussion über die Dolchstoßfrage furchtlos eintreten. Er wird bestimmt als der Hereingekallene aus ihr wieder herausfreien.

Hans Bauer.

*) Dr. Rolf Bathe, „Der Zusammenbruch". Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, 40 S. Mit Umschlag und Bild. Preis 15 Pfg. 1931

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Wehrstedt. Am Montag um 20 Uhr findet die bereits schon angekündigte Reichsbannerversammlung statt, in der Kamerad Landrat Müller sprechen wird. In Anbetracht der Wichtigkeit des Referats, ist es Pflicht aller Sozialdemokraten und Republikaner, diese Versammlung zu besuchen. —

Halberstadt. Schutzsport. Heute Donnerstagabend, 19.30 Uhr, Spielerstimme. Alle Kameraden des 1. Zuges treffen sich heute Donnerstagabend, 20 Uhr, im Heim.

---

fielen ihm zu, und es summte ihm in den Ohren. Die rohe Möhre, die er verschlungen hatte, ohne sie zu kauen, zerriß ihm den Magen; der Punsch, den er getrunken, hatte ihn berauscht. Er war betäubt von Elend, Ermüdung und Hunger. Ein verzehrendes Feuer brannte abermals in seinem Innern; er preßte zeitweilig beide Hände an die Brust, wie um ein Loch zu verstopfen, durch das er sein Leben dahinschwinden zu fühlen glaubte. Ihn war, als schwanke der Bürgersteig um ihn her; sein Leiden ward dermaßen unerträglich, daß er lieber wieder gehen wollte, um es zum Schweigen zu bringen. Er ging also geradeaus vor sich hin und kam so wieder unter die Gemüse, wo er sich bald verirrte. Er betrat einen schmalen Weg, bog dann in einen anderen ein, mußte wieder umkehren, verirrte sich von neuem und befand sich wieder mitten im Grünzeug. Manche Haufen waren so hoch, daß die Leute zwischen zwei Mauern, aus Paketen und Büchsen aufgebaut, dahinschritten. Nur die Köpfe ragten heraus, und man sah den weißen oder schwarzen Fleck der Kopfbedeckung vorüberziehen; und die großen, in wiegendem Schritte vorüber getragenen Butten glichen kleinen Kähnen von Weidegeflecht; die auf einem moosgrünen Teiche schaukeln. Florent stieß aus tausend Hindernisse, auf Träger, die sich mit ihrer Last beladen, auf Händlerinnen, die mit ihren rauhen Stimmen stritten. Er glitt aus auf der dicken Lage von Blättern und Strünken, die die Straße bedeckte; er erstickte schier in dem durchdringenden Geruch der zertretenen Abfälle. Völlig blöde blieb er schließlich auf einem Platze stehen und überließ sich den Stößen der einen, den Schmähworten der anderen; er war nur mehr eine Sache, die gedrängt und gestoßen, willenlos auf der steigenden Flut dahintrieb.

Er ward jetzt von einem Gefühl großer Feigheit ergriffen: er wollte betteln. Dein dummer Stolz in der vergangenen Nacht erbitterte ihn jetzt. Hätte er das Geschenk der Frau Francois angenommen, hätte er nicht vor Claude eine alberne Angst gehabt, er müßte jetzt nicht inmitten all dieser Lebensmittel nach Nahrung lechzen. Es verdroß ihn besonders, daß er den Maler in der Pirouette-Straße nicht um Hilfe angesprochen. Jetzt war er allein und konnte auf dem Straßenpflaster verenden wie ein verlaufener Hund.

Zum letzten Mal erhob er die Blicke und betrachtete die Hallen. Sie flammten jetzt im Sonnenlichte. Ein breiter Strahl fiel hinten am Ende des gedeckten Ganges hinein und riß gleichsam ein Tor von Licht in die Masse der Pavillons; auch von den Dachfeldern rieselte die Helligkeit hernieder. Das ungeheure Gebälk von Gußeisen war in bläulichen Schatten getaucht und erschien nur mehr wie ein dunkles Profil in den lodernden Flammen der aufgehenden Sonne. Oben glühte ein Glasfenster auf, ein Lichtstrahl ergoß sich bis zu den Dachrinnen längs der breit abfallenden Zinkplatten. Das Ganze glich einer geräuschvollen Stadt, die in eine Wolke von Goldstaub gehüllt ist, immer lauter äußerte sich das erwachende Leben, angefangen von dem Schnarchen der in ihre Mäntel gehüllten Gemüsegärtner bis zu dem lebhafteren Rollen der Marktwagen. Die ganze Stadt erschloß jetzt ihre Torgitter; es summte und brummte auf den Verkaufsplätzen und in den Pavillons; alle Stimmen tönten, und es war gleichsam eine mächtige Entfaltung jenes Satzes, den Florent seit vier Uhr morgens im Dunkel dahinziehen und immer mehr anschwellen hörte. Rechts und links, auf allen Seiten, mengte das Geschrei der Ausrufer hohe Pfeiftöntöne in das tiefe Gebrumme der Menge, es war bei den Seefischen, auf dem Buttermarkte, in der Geflügelabteilung, auf dem Fleischmarkte. Von Zeit zu Zeit ertönte eine Glocke, und dem Klang folgte der Lärm eines Marktes, dessen Eröffnung sie ankündigte. Rings um ihn her tauchte die Sonne die Gemüsehaufen in die Fluten ihres Lichts. Er erkannte nicht mehr die zarte Aquarellfarbe der Dämmerung. Die erschlossenen Kelche der Salate brannten im Lichte, das Grün schimmerte prächtig, die roten Rüben schienen zu bluten, die weißen Rüben glühten in diesem sieghaften Glutofen. Zu seiner Linken schütteten noch immer Kohlkarren ihren Inhalt aus. Er wandte die Blicke und sah in der Ferne noch immer neue Fuhrwerke aus der Turbigo-Straße hervorkommen. Die Meeresflut stieg immer höher. Er hatte sie an seinen Knöcheln, dann an seinem Bauche gefühlt, jetzt drohte sie über seinem Haupte zusammenzuschlagen. Geblendet, ertränkt, mit klingenden Ohren, der Magen erdrückt von allem, was er gesehen, neue, unaufhörliche Massen von Nahrungsmitteln ahnend, stehte er um Gnade, und ein wahnsinniges Verlangen erfaßte ihn, Hungers zu sterben inmitten des strotzenden Paris, in diesem flammenden Erwachen der Hallen. Große, heiße Zähren rollten über seine Wangen.

Er war jetzt bei einem breiteren Gange angelangt. Zwei Frauen, eine kleine Alte und eine große Hagere, gingen plaudernd an ihm vorüber und lenkten ihre Schritte nach den Hallen.

Sie kommen, um Ihren Einkauf zu machen, Fräulein Saget? fragte die große Hagere.

Ach, Frau Lecoeur, mein Einkauf! . . . Sie wissen ja, eine allein stehende Frau; ich lebe sozusagen von nichts . . . Ich wollte eine Rose Blumenkohl kaufen, aber es alles so teuer . . . . Was ist denn heut der Preis der Butter?

Vierunddreißig Sous . . . Ich habe sehr gute, wenn Sie zu mir kommen wollen . . .

Schön, schön; ich weiß noch nicht; ich habe noch etwas Fett zu Hause . . .

Floxx machte eine letzte Anstrengung und folgte den beiden Frauen. Er erinnerte sich, den Namen der kleinen Alten von Claude in der Pirouette-Straße nennen gehört zu haben, und er faßte den Vorsatz, sie anzusprechen, wenn sie die große Hagere verlassen hatte.

Und Ihre Nichte? fragte Fräulein Saget.

Die Sariette mag tun, was sie will, erwiderte Frau Lecoeur in herbem Tone. Sie hat sich selbständig niederlassen wollen; das geht mich weiter nichts an. Wenn die Männer sie aufgefressen haben, bekommt sie von mir nicht einen Bissen Brot.

Sie waren so gut zu ihr . . . Sie sollte trachten, Geld zu erwerben. Der Obsthandel ist heuer sehr vorteilhaft . . . . Und Ihr Schwager?

Oh, der . . .

Frau Lecoeur rümpfte die Nase und schien nicht mehr sagen zu wollen.

Also immer derselbe? fuhr Fräulein Saget fort. Ein schöner Herr das! . . . Ich habe mir erzählen lassen, daß er sein Geld in einer Weise ausgibt! . . .

Weiß man denn, ob er sein Geld überhaupt ausgibt? sagte Frau Lecoeur grob. Das ist ja ein Geheimtuer, ein Geizhals, der mich krepieren ließe, ehe er mir hundert Sous liehe . . . Er weiß sehr wohl, daß Butter, Käse und Eier dieses Jahr keinen guten Preis haben, während er nicht genug Geflügel auftreiben kann. Glauben Sie, daß er mir auch nur ein einziges Mal seine Dienste angeboten habe? Ich bin zu stolz, um etwas anzunehmen; aber eine Freude würde es mir dennoch bereitet haben.

Dort geht er, Ihr Schwager, sagte Fräulein Saget mit gedämpfter Stimme.

Die Frauen wandten sich um und sahen einen Mann nach, der quer über die Straße ging, um den gedeckten Hauptgang zu betreten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 259 — Donnerstag, den 5. November 1931 — 6. Jahrgang

Klagges-Skandal.

Unerhörte Nazi-Exzesse im Braunschweigischen Landtag.

Ein Nazi-Abgeordneter hetzt zu Mord und Gewalt. — Minister Klagges beschimpft den verstorbenen Führer des Harzklubs, von Frankenberg.

Braunschweig, 4. November. (Eig. Drahtb.). Im braunschweigischen Landtag kam es am Dienstag und Mittwoch wieder zu unerhörten Tumultszenen, die auf den Nazi-Minister Klagges und seine Parteifreunde zurückzuführen waren. Der nationalsozialistische Abgeordnete Bertram sagte u. a. „In unserem Staate werden einmal mehr Köpfe rollen als in der gegenwärtigen Republik, aber nur auf legalem Wege. Es gibt auch Leute in den Reihen der Sozialdemokratie, deren Köpfe rollen werden. Es gibt aber auch Leute, denen wir ein Monument zwischen Himmel und Erde errichten werden, weil für die das Schießpulver zu schade ist. Die Sozialdemokratie hat sich durch ihre Große Anfrage zum Beschützer von Verbrechern gemacht. Die Sicherheit in Braunschweig am Hitlertage war gefährdet, weil kommunistische Hetzer aus Braunschweig ein Verbrechernest a la Chicago gemacht haben."

Der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann fragte Klagges, ob er die Polizeibehörden mündlich angewiesen habe, das Verbot der Umzüge einseitig gegen links auszusprechen. Klagges schwieg darauf. Als er von dem Abgeordneten von Frankenberg noch einmal gefragt wurde, antwortete er: „Ich antworte nur, wenn ist es für richtig halte." Durch sein Schweigen gab Klagges zu, daß die Verbote, die einseitig gegen die republikanischen Organisationen ausgesprochen werden, auf ihn zurückzuführen sind. In seiner Erwiderung wurde Klagges persönlich und behauptete u. a., daß in seiner elterlichen Familie mehr gearbeitet worden sei, als in der des sozialdemokratischen Abgeordneten von Frankenberg. Frankenberg wurde über diese Beschimpfung seines Vaters, der volksparteilicher Stadtrat von Braunschweig war, derart erregt, daß er sich auf Klagges zu stürzen versuchte. Er wurde von Parteifreunden an einem Angriff gehindert. Mehrere Abgeordnete der Sozialdemokratie wurden von der Sitzung ausgeschlossen. Der Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigung, Schrader, mißbilligte die Rede von Klagges und sagte, Klagges habe nicht als Minister, sondern als Parteimann gesprochen. Er wünsche, daß alle Demonstrationen in der gegenwärtigen Zeit verboten werden. Später suchte sich Klagges zu entschuldigen, indem er eine Erklärung abgab, in der es heißt, daß er den verstorbenen Vater des Abgeordneten von Frankenberg nicht habe beleidigen wollen.

Die bürgerlichen Abgeordneten schwiegen während der 1½tägigen Beratungen. Sie gaben lediglich eine Erklärung ab, in der sie betonen, daß sie mit einer verschiedenartigen Handhabung der Verbote nicht einverstanden seien. Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen Klagges werden sie aber wahrscheinlich ablehnen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ließ gegen Klagges wegen seiner beleidigenden Aeußerungen folgende Erklärung abgeben:

„Der Minister Klagges hat es für richtig gehalten, aus parteipolitischen Gründen Familienverhältnisse eines unserer Abgeordneten in die Debatte zu ziehen. Wir legen gegen dieses ungewöhnliche Verhalten des Ministers schärfste Verwahrung ein, zumal Herr Klagges weder die Persönlichkeit noch den Fleiß und die Tätigkeit des verstorbenen Vaters des Abgeordneten von Frankenberg werten kann. Die Verdienste des verstorbenen Stadtrats von Frankenberg um seine Heimat, besonders um die Stadt Braunschweig und das Harzgebiet sind im Braunschweigischen Land so bekannt, daß auch herabsetzende Bemerkungen des Ministers Klagges sie nicht schmälern können."

Die gestrige Sitzung des braunschweigischen Landtages hat wohl auch dem politisch Ahnungslosen gezeigt, wohin der Weg der Nazis geht. Die Sozialdemokratie wird die Klagges-Partei weiter entlarven.

*

Noch ein Hereinfall Klagges.

Sein Einspruch gegen die Aufhebung des „Volksfreund"-Verbots vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Leipzig, 5. November. (Eig. Funkm.). Die vom Reichsinnenminister angeordnete Verkürzung des Verbots des Braunschweiger sozialdemokratischen „Volksfreund" auf zehn Tage ist vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts als gerechtfertigt erklärt worden.

Mit diesem Beschluß ist der Einspruch des braunschweigischen Nazi-Innenministers Klagges gegen die von Groener verfügte Begrenzung des Verbots zurückgewiesen.

Kein Wintermärchen.

Harzburger Wut auf die Arbeitslosenversicherung

Deutschland scheint in diesem Winter alles andere als ein — Wintermärchen zu werden. Manchen Leuten geht es ja auch nicht stürmisch genug zu. Anders läßt sich der Ruf nach Beseitigung der Arbeitslosenversicherung nicht erklären. Nach dem Landgemeindetag hat nun auch der Vorstand des Reichsstädtebundes sich in seiner letzten Sitzung dafür ausgesprochen, daß eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung erfolge.

Die Scharfmacherpresse nimmt davon mit Befriedigung Kenntnis. Wir haben erst kürzlich die sensationelle Stimmungsmache der Halberstädter „Intelligenz" gekennzeichnet. Das Ziel der Schwerindustrie ist, wie ihre Führer offen zugeben, die Beseitigung des Rechtsanspruchs auf Hilfe nicht nur in der Arbeitslosenversicherung, sondern in der Sozialversicherung überhaupt.

Leute, die jetzt, ausgerechnet jetzt, mit dem Irrsinn einer Aufhebung der Arbeitslosenversicherung kommen, sind nur schwer zu belehren. Trotzdem wagen wir einen solchen Versuch. Wir machen sie auf Folgendes aufmerksam: Mit einer Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbslosenfürsorge kann praktisch nicht viel gespart werden, weil ja die große Masse der Arbeitslosen von der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge betreut wird. Zu einem übertriebenen Pessimismus besteht keine Veranlassung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt deutlich, daß von 6 Millionen Arbeitslosen, die für den Winter prophezeit wurden, kaum die Rede sein kann. Die Finanzgrundlage der Arbeitslosenversicherung ist zurzeit durchaus gesund, wenn wir auch nicht übersehen wollen, daß diese Gesundheit mit neuen Opfern der Arbeitslosen erkauft worden ist. Die Versicherung ist zurzeit dabei, einen Notstock für die schwierigen Monate Januar und Februar anzusammeln. Sie braucht diesen Notstock, weil sie dann ohne fremde Hilfe auskommen soll. Aller Voraussicht nach wird sie auch auskommen; denn die Unterstützungsdauer in der Versicherung ist gekürzt worden und der Beitrag beträgt nach wie vor 6½ Proz., obwohl die Zahl der von der Versicherung betreuten Arbeitslosen stark gesunken ist. Irgendwelche sachlichen Gründe zur Aufhebung der Arbeitslosenversicherung bestehen also nicht, und der Reichsarbeitsminister denkt nach unserer Kenntnis auch nicht an eine solche Aufhebung. Wozu also fortwährend diese törichte Forderung, die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen? Was will man damit? Will man die Arbeitslosen noch mehr alarmieren und aufputschen? Will man das Pulverfaß künstlich zur Explosion bringen? Will man Deutschland — nur aus Verbohrtheit — in den Abgrund stürzen?

Das Allertollste, was sich die Herrschaften, die die Arbeitslosenversicherung beseitigen wollen, leisten, ist ihr Hinweis auf das Ausland. Sie bringen es fertig, zu erklären, daß die Forderungen auf Aufhebung der Arbeitslosenversicherung schon darum erhoben werden müsse, weil **„vermutlich unsere ausländischen Gläubiger für die Verlängerung des Stillhalteabkommens eine ähnliche Forderung geltend machen würden."**

Diese Vermuterei ist eine ganz erbärmliche Schurkerei. Mit Recht erklärt der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, diesen Hinweis auf das Ausland als „Gipfel nationaler Würdelosigkeit." Bewußt lenke man hier die Aufmerksamkeit des Auslandes auf einen sozialen Fortschritt, der im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit — ein durch jahrelange Beitragszahlung sauer erworbener Anspruch der Arbeitnehmer — sei. Man lege den Vertretern des Auslandes die Forderung nach seinem Abbau in den Mund, um eine billige Ersparnis auf Kosten des Notleidenden im Volke, des Arbeitslosen zu machen. „Das erinnert" — so erklärt das christliche Gewerkschaftsorgan — „stark an jenen nationalen Verrat gewisser Arbeitgeberkreise, die wiederholt auch dem Ausland die Forderung nach dem Abbau der überhöhten deutschen Lebenshaltung als Begründung für die Reparationsunfähigkeit des deutschen Volkes in den Mund legten. Für eine derartige Preisgabe nationaler und sozialer Interessen kann kein Wort der Verurteilung stark genug sein."

Das Hauptziel aller Harzburger geht darauf aus, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitslosenfürsorge für Bedürftige umzuwandeln. Diese Abstellung auf das Bedürftigkeitsprinzip wollen die Führer des Unternehmertums wie aus der Stellungnahme des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Abraham Frowein-Elberfeld zur Sozialpolitik hervorgeht, ganz allgemein bei der Sozialversicherung durchgeführt wissen. Die Beiträge zur Sozialversicherung sollen keinen generellen Anruch mehr begründen dürfen. In der gesamten Sozialversicherung soll das Bedürftigkeitsprinzip eingeführt und davon die Unterstützung abhängig gemacht werden.

Mit anderen Worten: Schluß mit der Sozial-Versicherung und Rückkehr zum Armenhaus. Für den Arbeitslosen oder für den alten und kranken Arbeiter genügt, wenn er nichts mehr zu nagen und zu beißen hat, die Armenunterstützung. Arbeiter, die in der Notlage kein Recht auf eine Unterstützung haben, sondern von der Gnade der Allgemeinheit abhängen, sind für das Unternehmertum sicherlich ungefährlich. Sie werden stets wie ein Bleigewicht an der im Betrieb stehenden Arbeiterschaft hängen und auf deren Lohn drücken — und das ist ja für das Unternehmertum gerade das, was es wünscht. In einer Versicherung haben auch die Versicherten etwas mitzusprechen. Dieses Mitbestimmungsrecht ist aber den Unternehmern schon längst ein Dorn im Auge. Unsere Unternehmer sind natürlich keine Unmenschen. Sie lassen Opfer des Arbeitsmarktes und des Schlachtfeldes nicht krepieren — o

Halle der Wissenschaft.

Die Ausschreitungen der Nazi-Studiker wiederholen sich.

Halle, 5. November. (EF.) Die von den Nationalsozialisten in Verbindung mit der deutschen Studentenschaft an der Hochschule inszenierten Krawalle gegen Professor Dehn wurden am Mittwoch in unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. Am Abend vorher hatte der Rektor

Prof. Aubin

zugesichert, die Polizei, die in Stärke von einem Offizier und sechs Beamten im Hörsaal neben dem Katheder Aufstellung genommen hatte, sofort zurückzuziehen, sofern die Studenten die ruhige Durchführung der Vorlesung gewährleisten würden. Wütende „Nie, Nie-Rufe" waren die Antwort. Da der so gemein bekämpfte Dozent versicherte, gegenüber diesem Terror um keinen Schritt zurückzuweichen und der Rektor der Universität gleichfalls entschlossen ist, die Durchführung der Vorlesung zu gewährleisten, wurde diese auf die Zeit von 20—21 Uhr verlegt. Das Betreten des Universitätsgebäudes war nur den mit Ausweis versehenen Hörern Professor Dehns gestattet. Trotz dieser und anderer Vorsichtsmaßregeln hatte sich eine starke Horde von Krakelern bereits vorher im Hörsaal Dehns festgesetzt. Durch den Oberpedell wurden die Hauptradaumacher entfernt. Die außerhalb des Hörsaals im Gebäude randalierenden Studenten wurden durch den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vor Tätlichkeiten gewarnt und über die Vorgänge bei der Berufung Dehns und über den Fall Dehn selbst belehrt. Einigen randalierenden Studenten wurden die Karten abgenommen. Ein Disziplinarverfahren von der Universitätsbehörde wird die Folge sein.

Auf dem Universitätsplatz hatte sich eine große Menschenmenge, [illegible] ammelt. Sprechchöre

[illegible] **a verrecke!"**

[illegible] ed gebrüllt. Dann [illegible] ugeschaut hatte, zur [illegible] erkrochen sich in die

[illegible] **erausgedroschen.**

[illegible] der Radaupöbel ver- [illegible] der kam es zu Zu- [illegible] n und SA-Leuten. [illegible] Polizeibereitschaften [illegible] Umkreis der Univer- [illegible] ummitnüppels trat

[illegible] **rimme**

[illegible] sehr genau. Eine [illegible] Blatt angekündigt [illegible] mmen. Sollten die [illegible] ktor die Schlie- [illegible] zum Schaden der

[illegible] **nd**

[illegible] er Universität zum [illegible] politischen Haltung [illegible] diesem Grunde habe [illegible] ng zu nehmen. Die [illegible] ter der akademischen [illegible] n Hauptgebäude der [illegible] ihn jetzt gezwungen, von dieser Art Austragung weltanschaulicher Gegensätze abzurücken. Der Verband hoffe, daß Rektor und Senat durch scharfe Maßnahmen der arbeitswilligen Mehrheit der Studentenschaft einen ordnungsmäßigen Verlauf des Studiums gewährleisten. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919311105-19/fragment/page=0011